

Ebbeke's Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Ebbeke's Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (aner an Sonn- und festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion n. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die flinsgespaltene Petizie oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i. der Expedition abgegeben werden.

Nr. 10.

Donnerstag, den 12. Januar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die kapitalistische Entwicklung.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion kommt im wesentlichen in der Befreiung der Kleinbetriebe, in der Konzentration der Betriebe, der Produktionsmittel in immer weniger Händen zum Ausdruck. Mit der Entwicklung zum Großbetrieb ist zweifellos auch eine Zunahme der Maschinenarbeit verbunden. Zwar gibt es auch viele kapitalistische Betriebe, die keine Motorenbetriebe sind, und umgekehrt macht die Maschinenarbeit an und für sich aus einem Betriebe noch kein kapitalistisches Unternehmen. Aber im allgemeinen spiegelt sich in der Zunahme der Maschinenarbeit die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise wider, und vielleicht mehr und deutlicher als im Wachstum der einzelnen Betriebe, das durch die Zunahme der Arbeiterzahl zum Ausdruck kommt. Denn mit der Einführung von Maschinen, mit der Verwendung motorischer Kraft wird stets eine Steigerung der Produktion erzielt, möglicherweise sogar bei Verminderung der Arbeiterzahl; die Zunahme der Maschinenarbeit bedeutet also stets eine Vergrößerung der einzelnen Betriebe, und in den weitaus meisten Fällen erhalten auch die handwerksmäßigen Betriebe einen kapitalistischen Charakter, sobald sie beginnen, mit Motoren zu arbeiten. Aus einer interessanten Statistik über die Zunahme der motorischen Kraft im Gewerbe Preußens von 1895 bis 1907, die in der soeben erschienenen dritten Abteilung der Zeitschrift des k. preußischen statistischen Landesamtes veröffentlicht wird, geht nun hervor, daß die Verwendung der motorischen Kraft in den Jahren 1895 bis 1907 in Preußen von 2.241.793 Pferdekraften auf 6.486.999 oder um 4.245.206 Pferdekraften gestiegen ist, was eine Zunahme von 189,37 Prozent bedeutet! Auch die Zahl der Motorenbetriebe hat in dieser Zeit zugenommen, aber nur von 66.157 auf 127.687, also um 61.530 oder 93,06 Prozent. Die Zahl der verwendeten Pferdekraften ist demnach um das Doppelte gestiegen gegenüber der Zahl der Motorenbetriebe.

Schon aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Maschinenarbeit und damit die kapitalistische Form der Produktion außerordentlich stark um sich greift und immer allgemeiner wird. Und die Zunahme der Maschinenarbeit oder wenigstens der Verwendung motorischer Kraft verteilt sich auch auf alle Gewerbearten. Es verwendeten in Preußen motorische Kraft:

	1895	1907	
Betriebe	P. S.	Betriebe	P. S.
Gärnerei	183	698	475
Zierzucht, Fischerei	9	148	42
Bergbau, Hütten usw.	1.682	908.216	3.292
Industrie der Steine	3.535	128.728	6.916
Metallverarbeitung	6.174	111.204	12.488
Maschinenindustrie	8.583	121.295	10.964
Chemische Industrie	1.085	49.992	1.802
Industrie der Leuchtmstoffe	1.266	18.660	2.174
Textilindustrie	5.496	224.165	8.780
Papierindustrie	1.116	70.717	2.068
Lederindustrie	1.000	16.628	1.408
Industrie der Holzstoffe	7.053	92.570	16.402
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	26.775	402.030	41.832
Werkleidungsgewerbe	485	7.470	1.788
Reinigungsgewerbe	406	3.366	1.856
Baugewerbe	980	88.050	2.789
Poligraph. Gewerbe	1.992	11.429	4.491
Künstlerisches Gewerbe	39	197	189
Handelsgewerbe	8.035	31.657	6.919
Verkehrsgewerbe (ohne Eisenbahn usw.)	2	81	6
Gast- und Schankgewerbe	98	11.422	758
Zusammen:	66.157	2.241.793	127.687
	6.486.999		

Außerdem entfallen auf die 1895 nicht erhobene Gruppe „Musik-, Theater- und Schauspielungsgewerbe“ 248 Betriebe mit 4059 P. S. (Pferdestärken), und sind 1907 noch 461 Betriebe mit Benutzung von Spirituskraft und 1967 von „sonstiger Kraft“ gezählt, die 3206 bzw. 180.146 P. S. beanspruchen, so daß insgesamt 1907 in 130.363 Betriebsfällen 6.674.410 P. S. benutzt wurden. Es handelt sich hierbei um Wasser-, Dampf- und elektrische Kraft. Bei der elektrischen Energie ist die ermittelte Kilowattzahl in Pferdestärken umgerechnet worden.

Aus dieser Statistik ergibt sich, daß die verwendeten P. S. innerhalb 12 Jahren in der Gärnerei um mehr als 297 Prozent zugenommen haben, in der Zierzucht und Fischerei 200 Prozent, Bergbau, Hütten usw. 142,39

Prozent, Industrie der Steine 218,7 Prozent, Metallverarbeitung 325 Prozent, Maschinenindustrie 723,41 Prozent, Chemische Industrie 207,10 Prozent, Industrie der Leuchtmstoffe 221,68 Prozent, Textilindustrie 87,69 Prozent, Papierindustrie 174,45 Prozent, Lederindustrie 210,63 Prozent, Holzindustrie 146,75 Prozent, Industrie der Nahrungs- und Genussmittel 99,7 Prozent, Bekleidungsgewerbe 164,07 Prozent, Reinigungsgewerbe 552,14 Prozent, Baugewerbe 219,2 Prozent, Poligraphisches Gewerbe 316,34 Prozent, Künstlerisches Gewerbe 493,9 Prozent, Handelsgewerbe 163,16 Prozent, Versicherungsgewerbe 219,35 Prozent, Verkehrsgewerbe 1798,3 Prozent und in der Gast- und Schenkirtschaft 190,88 Prozent, im Durchschnitt 189,37 Prozent. Das ist ein gewaltiger Auschwung der gewerblichen Benutzung motorischer Kräfte, somit der Produktivität und der kapitalistischen Entwicklung, innerhalb eines sehr kurzen Zeitraumes.

Der Zahl nach sehr bedeutend ist die Vermehrung der P. S. beim Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, sie beträgt 1.293.236, während sich die Betriebsfälle nicht ganz verdoppelt haben, ein Zeichen, daß die Zunahme nur aus Großbetrieben fällt. Das gilt auch für die Gruppe der Maschinenindustrie mit einer Zunahme von 877.460 P. S., wohl ebenso auch für die Gruppe der Metallverarbeitung mit einer Zunahme von 361.529 P. S. und für die Gruppe der Nahrungs- und Genussmittel mit einem Mehr von 400.822 P. S. Selbst wenn man im Betracht zieht, daß in diesen Großbetrieben vielfach eine Umwandlung eigener Pferdestärken in elektrische Kraft vorkommt, so bleibt noch Abrechnung dieser doppelt gezählten P. S. immer noch eine Steigerung der motorischen Kraft in Preußen von mindestens 160 bis 170 Prozent übrig.

Doch mit dieser Entwicklung der Maschinenarbeit auch eine Konzentration der Produktion verknüpft ist, ergibt sich auch aus der im gleichen Heft der Zeitschrift des k. preußischen statistischen Landesamtes mitgeteilten Statistik über die Entwicklung der Riesenbetriebe in Preußen. In Unternehmungen (ohne die Eisenbahnen, Post und Telegraphie) mit je mehr als 1000 beschäftigten Personen fanden sich 1895 in Preußen 208 mit 408.778 Personen und 552.741 verwendeten Pferdestärken, 1907 aber 385 mit 987.467 Personen und 1.832.173 P. S.; die Zunahme seit 1895 betrug also 85,10 Prozent der Betriebe, 141,57 Prozent der Personen und 231,47 Prozent der P. S. Da sich im gesamten Gewerbe Preußens in der gleichen Zeitspanne die Betriebe nur um 10,60 Prozent, die Personen nur um 43,29 Prozent und die P. S. (ohne Berücksichtigung der elektrischen Kilowatt) nur um rund 130 Prozent vermehrt haben, so ist die Entwicklung der Riesenbetriebe unglaublich viel stärker gewesen und „somit ein berechtigtes Zeichen der Entwicklungsrückitung“, wie der Referent in der Zeitschrift des k. preußischen statistischen Landesamtes sehr richtig sagt. Dies ist auch den folgenden Zahlen über die Riesenbetriebe zu entnehmen. Auf solche fielen von 1.000 Personen aller Gesamtbetriebe 1895 erst 69,6, 1907 aber 118,5 und von 1.000 P. S. 254,5 bzw. 352,7; im Durchschnitt arbeitete ein Riesenbetrieb 1895 mit 1965, 1907 aber mit 2565 Personen und mit 2657 bzw. 4759 P. S.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion zur Konzentration, zu immer größeren Riesenbetrieben und zur immer größeren Verwendung motorischer Kräfte wird in den Darstellungen des preußischen statistischen Landesamtes deutlich gezeigt. Ist diese Entwicklung aber vorhanden — was niemand mehr bestreiten kann —, dann kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß das Endresultat einer solchen fortgesetzten Konzentration und Steigerung der Produktion der Sozialismus wird sein müssen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Reichstag

beschäftigte sich am Mittwoch mit Dingen, die äußerlich in gar keinem, innerlich in um so engerem Zusammenhang stehen. Bei der Besprechung der fortschrittlichen Interpellation über die Bündholzsteuer, die im ersten Teil der Sitzung zu Ende geführt wurde, handelte es sich um die Art und Weise wie der Fuhrblock das Loch in den Reichsfinanzen vorläufig gestopft hat, und die im zweiten Teil der Sitzung behandelten Rechnungssachen zeigten, daß bei der in der Heimat wie in den Kolonien gewöhnliche Methode der Staatsverbindlungen alle Stopp- und Flickarbeit mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes dazu verdammt ist. Danaidenarbeit zu bleiben. Mit prächtiger Ironie verspottete Genosse Schöpflin die komische Art und Weise wie jede bürgerliche Partei die Befreiung der verhafteten Bündholzsteuer abschwört, um nicht bei den Wählern die politischen Alimente für diesen geleggeberischen Ball zu zählen zu müssen.

Und wie, um Schöpflins Ausführungen zu bekämpfen, traten nacheinander der Reichsparteileiter Gaupp, der Schackfreund Latmann und der Brühlfreund Werner auf und zerdrückten ein paar dicke Krokodilstärnen über die Bündholzsteuer, für die sie allerhand Erleichterungen in Vorschlag brachten. Unter anderem ist, wie Minerva aus dem Hause Jupiters, aus dem Hause Werners die groteske Idee einer Abonnementsteuer entpuppt. Brühls „Wahrheit“ ist allerdings auf den Strafenzettel angewiesen. Einem Erfolg scheint die Besprechung der Interpellation wenigstens gezeitigt zu haben. Im Hinblick auf die kommenden Wahlen dürfte der Widerstand der Parteien der Mehrheit gegen eine Einschärfung der ruinierten Bündholzsteuer nicht mehr unüberwindlich sein. Die nunmehr folgenden Rechnungssachen, die teils das Reich, teils die Kolonien betreffen, enthielten ein schönes Gemälde der Schlampelei, das umrahmt wird von geradezu frivoler Missachtung des Budgetrechts. Bei einigen gar zu dreisten Überschreitungen lief sogar dem Reichsvorständen und Ostsiedlern Goercke die Galle über und Erzberger ließ es sich nicht nehmen, ein bisschen Opposition zu minorieren. Grundsätzlich scharfe Kritik übte jedoch nur unser Fraktionsredner Noske. Seine vortrefflichen Ausführungen über die Massenhäufigkeit der Offizierspensionierungen und über die zu jener Verschwendungen im schärfsten Gegensatz stehende Knickerigkeit gegenüber Mannschaften und Veteranen riefen am Bundesstaatlichen sogenannte Erhabungen und außerdem Maßregelungsfestes hervor. Noske sollte durchaus Gewährmänner nennen. Selbstredend tat unser Genosse dem Militarismus nicht diesen Gefallen. — Die Rechnungssachen wanderten sodann in die Kommission. Am Donnerstag steht die zweite Lesung der Strafgesetzmöglichkeit auf der Tagesordnung.

Die Wirkung der Tabaksteuer.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ besaß sich in einem längeren Artikel mit der Wirkung der Tabaksteuer und kommt zu dem Schluss, daß die Industrie nunmehr alle durch die Steuererhöhung entstandenen Schwierigkeiten überwunden habe. Das Organ des Reichskanzlers folgert diese Behauptung aus der steigenden Einfuhr von Tabak. Aber auch der Arbeitsmarkt in der Tabakindustrie hat sich nach Ansicht der Regierung erheblich gebessert. Zum Beweise dafür sagt das erwähnte Blatt:

Nach den von uns bereits veröffentlichten Zahlen bestrug die Durchschnittsziffer der Arbeitssuchenden auf je 100 offene Stellen im März 1910 noch 891, im Juni 466, sie fiel im Juli auf 271, um weiter im August auf 250, im September auf 187 und im Oktober auf 165 zu sinken.

Auf den Gedanken, daß die Verminderung der Arbeitssuchenden in der Tabakindustrie darauf zurückzuführen ist, daß die arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter in anderen Industrien Unterschlupf gefunden haben, ist der Verfasser des Artikels offenbar garnicht gekommen. Immerhin ist es doch eine ganz bedenkliche Erscheinung, wenn noch im Oktober auf 100 offene Stellen in der Tabakindustrie 165 Stellungsfürchtern entfallen. „Zu allgemeinen Klagen über schlechten Geschäftsgang in der Tabakindustrie kann nach allem zurzeit keine Verantwortung mehr vorliegen.“ Mit diesem Satze schließt der Offiziosus seine tiefründige Beobachtung. Vielleicht hat sich die Regierung die Aufgabe gestellt, nachzuweisen, daß sich bereits alles mit den neuen Steuern eigentlich ausgeöhnt habe und daß es einzigt auf sozialdemokratische Hege zurückzuführen sei, wenn noch immer über diese Steuern geklagt wird.

Eine interessante preußische Nachwahl.

Am Montag starb der konservative preußische Landtagsabgeordnete Meyer-Bielefeld. Er wurde 1908 in der Stichwahl gegen einen nationalliberalen Oberlehrer gewählt. Im ersten Wahlgang wurden 450 konservative, 355 nationalliberal-freisinnige und 242 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. In der Stichwahl enthielten sich die sozialdemokratischen Wahlmänner der Stimmen. Nach dem Beispiel der Nachwahl in Breslau werden die Konservativen bei der Erstwahl höchstwahrscheinlich wieder den Verlust eines Mandates zu betrünen haben.

Zur Wahlkreise Dessau-Zerbst.

wo Genosse Helm als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt ist, stellen die Nationalliberalen und auch die Demokratische Vereinigung eigene Kandidaten gegen den bisherigen Vertreter Schröder auf. Für die Nationalliberalen kandidiert der frühere Oberbürgermeister von Bözen, Wittling. 1907 wurde Schröder unter dem Sechzen des Blockmauls im ersten Wahlgange mit 19.183 gegen 13.322 sozialdemokratische Stimmen gewählt. 1908 erhielten: die Freisinnige Vereinigung 11.416, die Nationalliberalen 5.704, das Zentrum 1.38 und die Sozialdemokraten 12.268 Stimmen.

Geschäftsdispositionen des Reichstages.

Der Senat eröffnete Mittwoch mittag eine Sitzung ab. Der Präsident schlug in der Sitzung einen Arbeitsplan vor. Darnach soll die zweite Beratung des Strafgesetzbuches vom 12. bis 14. Januar vorgenommen werden. Vom 16. bis 18. Januar soll die zweite Beratung des Reichswirtschaftssteuergesetzes und am 19. und 20. Januar die zweite Beratung der Fernsprechgebührenordnung und des Reichsbesteuerungsgesetzes folgen. Vom 24. bis 26. Januar soll dann die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Verschaffung im Elsaß-Lothringen stattfinden. Die folgenden Tage bis zum 13. Februar sind für die zweite Beratung der Strafprozeßordnung vorgesehen: spätestens am 13. Februar soll dann die zweite Beratung des Elsas beginnen. Es wurde im Konvent beweislich, ob damit die Zeit reiche, den Elsas bis zum 31. März fertigzustellen. Dabei wurde der Vorschlag gemacht, die Strafprozeßordnung in der Beratung zu teilen; zunächst könnte das Gerichtsverschaffungsgesetz erledigt und dann die Beratung abgebrochen werden und die zweite Lesung des Elsas beginnen. Dadurch würde eine Woche Zeit für die Elsasberatung gewonnen. Die Kontingentierung der Beratungszeit für die einzelnen Ressorts, die der Präsident vorgeschlagen hat, enthält eine sehr starke Beschränkung der Beratungstage, sodass trotzdem der Zweifel bestehen bleibt, ob der Elsas bis zum 31. März überhaupt fertig zu stellen ist.

Die früher beschlossenen freien Sitzungstage für den Reichstag werden auch dies Jahr innegehalten und zwar fallen die nächsten auf den 21.—23. Januar und auf den 2.—5. Februar. Der Präsident wird dem Reichstage über diese freien Tage eine besondere Aussstellung geben. Dann kam der Präsident auf die Geschäftsordnungsdebatte vom gestrigen Tage zurück. Er erklärte, dass er völlig loyal verfahren sei. Rücksprache mit den einzelnen Parteien gehalten und geglaubt habe, dass die Parteien mit seinen Dispositionen völlig einverstanden seien. Er habe die Sozialdemokratie von der Beratung der Interpellation über das Bündwarensteuergesetz nicht ausschließen wollen. Demgegenüber hielt der Abg. Singe r an seiner Meinung fest, wenn auch er die Loyalität des Präsidenten anerkannte. Es wurde nochmals festgestellt, dass, wenn eine Interpellation zur Beratung steht, ein Redner der interpellierenden Partei in der Befreiung der Interpellation noch zum Wort kommen soll. Mit dieser Festhaltung an den früheren Abmachungen werde sich auch die Beratung einer Interpellation am regelrechten und kürzesten abwickeln lassen.

Der Kriegsminister spricht.

Herr von Heringen scheint in der Tat von einer wahren Sparwut besessen zu sein. Nachdem er erst kürzlich einen Erlaß herausgegeben hat, in welchem der Militärverwaltung ans Herz gelegt wird, mit der Verwendung von Schreibpapier sparsam umzugehen, hat er jetzt neuerdings einen Beweis seiner Sparsamkeit geliefert. Private, die sich Lautautomobile anschaffen, erhalten vom Kriegsministerium die Subvention von 4000 Mk. als einmalige Beschaffungsprämie und 1000 Mk. Betriebsprämie für die Dauer von 5 Jahren. Der Kriegsminister hat nun bestimmt, dass für das erste Jahr die Prämie von 1000 Mark in Wegfall komme. Bei einem Heeresetat von über 800 Millionen Mk. sind solche Sparankeiten allerdings ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Land- und Reichstagsabg. Philipp Köhler
ist am Dienstag in Langsdorf an einem Herzschlag gestorben. Der "Bauer von Langsdorf" trat 1890 in der antisemitischen Bewegung hervor. Von 1905—1908 war er zweiter Präsident der hessischen Kammer; im Bund der Landwirte gehörte er dem engeren Ausschuss an. Er vertrat im Reichstag den Kreis Gießen-Nidderau, wo er 1907 in der Stichwahl mit 11 543 gegen 10 575 national-liberale Stimmen gewählt wurde. In der Hauptwahl wurden 9017 antisemitische, 7484 national-liberale und 6396 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

Fleischnot.

Nach einer Mitteilung des Deutschen Fleischerverbandes sind im Jahre 1910 die Kinder- und Rinderabschlachtungen um etwa 130 000 zurückgegangen; die Schafabschlachtungen hatten etwas, die Schweineabschlachtungen dagegen um 460 000 zugenommen. Wenn so auch die gesetzliche Fleischmenge nicht erheblich vermindert worden sei, habe doch die Qualität des Fleisches stark abgenommen.

In der zweiten Hälfte des Dezember 1910 sind die Fleischpreise im Verhältnis zu der ersten Dezemberhälfte im Durchschnitt aller preußischen Hauptmarkttore etwas zurückgegangen. Der Rückgang beschränkt sich allerdings nur auf wenige Orte.

Gegen die Besteuerung des Fernsprechverkehrs.

In seiner Sitzung am Montag beschäftigte sich der Zentralausschuss Berliner Kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine mit der Stellungnahme zu den Schlüssen der Badgeskommission zur Telephonreform. In der einstimmig angenommenen Resolution heißt es: "Der Zentralausschuss erkennt den Wegfall der ursprünglich vorgesehenen Einzelgeprägsgebühr an, sieht jedoch die Gewaltigung der Beamtenhöfe als betrachtlich an, dass die dadurch bewirkte Besteuerung der ursprünglich befürchteten Besteuerung in nichts nachstehen würde. Der Zentralausschuss fordert eine bedeutende Erwägung dieser Vorstöße und schlägt hierfür folgende Maßnahmen vor: Bis zu 3000 Gesprächen 75 Mk., von 3000—6000 Gesprächen 125 Mk., von 6000—9000 Gesprächen 150 Mk., von 9000—12 000 Gesprächen 175 Mk., von 12 000—15 000 Gesprächen 200 Mk., über 15 000 Gespräche dürfen von einem Apparat aus nicht geführt werden. Die Grundgebühr darf 100 Mk. nicht übersteigen, die Stichproben zur Ermittlung der Gesprächszahlen müssen drei- bis viermal zu verschiedenen Zeiten gemacht werden, und der Durchschnitt muss maßgebend sein für den zu zahlenden Beamtenhöfe."

Die "Reichsdeutsche Allgemeine Zeitung" wird trotz der Resolution dabei bestehen, es sei "unverhältnismäßig", dass dem neuen Gesetzentwurf Besteuerungsfähigkeit vorgeworfen werde.

Das Reichsgesetz über das Waffentragen,
das unter dem frischen Eindruck der Vorgänge, die sich in Moabit abgespielt haben, angekündigt worden ist, soll dem gegenwärtigen Reichstage nicht mehr vorgelegt werden.

Wo bleibt die preußische Wahlrechtsreform?

Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei des preußischen Abgeordnetenhauses hat beschlossen, den bereits in früheren Sessioen eingebrochenen Antrag auf Entfernung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in den Einzelstaaten und auf Einführung einer zeitgemäßen Wahlkreiseinteilung wieder einzubringen. Ferner haben die Freisinnigen nachstehende Interpellation eingebracht:

"Was gedenkt der Herr Ministerpräsident zu tun, um den in einseitigem Partei-Interesse erfolgenden Übergriffen von Landräten und anderen Regierungsbeamten entgegenzuwirken, wie solche in dem gegen den Rittergutsbesitzer Becker-Bartmannshagen eingeleiteten Strafversuchen, sowie bei der letzten Reichstagswahl in Laubian-Wehslau und bei anderen Wirkungskreisen festgestellt sind?"

Angst vor den Neuwahlen.

Die Agrarier haben, wie die "Deutsche Tageszeitung" mehrfach verraten hat, vor den frühzeitigen Neuwahlen zum Reichstag eine heisse Angst. Diese Angst kommt wieder in einer Auslassung des Dittelblattes zum Ausdruck, in der es angeht, dass der Umstand, den Reichstag noch nach Pfingsten zusammenzuhalten, heißt:

"Angesichts dieser Unmöglichkeit könnte man auf den Gedanken kommen, den jetzigen Reichstag nochmals zu einer kurzen Herbstsitzung einzuberufen. Das würde dann die Folge haben, dass der neue Reichstag erst im Januar gewählt werden könnte. Dagegen würde nichts Wesentliches einzuwenden sein, es würde manches dasversprechen. Der Januar ist die günstigste Wahlzeit und der Reichstag brauchte dann nicht ausgelöst zu werden, sondern könnte sein natürliches Ende finden."

Die Junker und Junkerinnen haben freilich sehr begründeten Anlass, das Votum der Wähler zu fürchten. Aber aufgehoben wäre noch immer nicht aufgehoben.

Zentrumspresse und Unternachmierpraktiken.

Der jetzige Chefredakteur der Augsburger Postzeitung, des größten bayrischen Zentrumsblattes, wird die Leitung eines Zentrumsblattes in Stuttgart übernehmen. Nach einer Meldung des "Bayrischen Vaterlandes", zu dessen Mitbesitzern der Zentrumsabg. Dr. Heinrich gehört, erfolgte das Ausscheiden des Chefredakteurs aus der Postzeitung wegen Gehaltsdifferenzen. Sein Gehalt wurde ihm in den ersten Jahren nur verkürzt ausgezahlt, weil — sein Vorgänger einen Vorschuss von mehr als 1000 Mk. erhoben hatte, den der Ausscheidende "abverdienen" musste! Dabei hat die Postzeitung in den beiden letzten Jahren 25 Prozent Dividende ausgezahlt.

Berkrachte Staatsaktion.

Unter dem Freudenfeuer aller Reaktionäre hat die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. gegen den Genossen Wendel wegen seiner auch im Reichstage erwähnten Broschüre "Hier Fleischnot — Hier Gottesgnadentum". Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben. Die Frankfurter Strafkammer hat nunmehr die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt.

Herr v. Heydebrand hat sich also umsonst bemüht, als er Holz herbeischleppte zu dem Scheiterhaufen, auf dem Wendel verbrannt werden sollte.

Kandidaturen.

In Göttingen, wo 1907 in der Hauptwahl 9297 national-liberale, 7177 weisse und 6249 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, ist von den Nationalliberalen der Eisenbahnchef Fockeler als Kandidat aufgestellt. In Randow-Greifenhagen, wo in der Hauptwahl 17 162 sozialdemokratische, 17 080 konservative und 4942 freisinnige Stimmen abgegeben wurden, haben die Fortschritter den Arbeiterkretsrat Schuhmacher aufgestellt. Damit sei, wie das "Berl. Tageblatt" meint, die Frage der liberalen Arbeiter-Kandidaturen wieder zur Diskussion gekommen. Beide Kreise seien jetzt zwar nicht in liberalem Besitz, aber ihre Erbteilung durch liberale Arbeiterkandidaten hätte doch "gewisse Chancen", und "im Interesse einer freudigen Mitarbeit der liberalen Arbeiterschaft beim nächsten Reichstagswahlkampf" sei zu wünschen, dass auch in aussichtsvolleren Kreisen liberale Arbeiter aufgestellt würden. Das gleiche gelte auch für Landtags- und Kommunalwahlen.

Als Grund für liberale Arbeiter-Kandidaturen wird vom "Berl. Tageblatt" nicht etwa die Notwendigkeit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-Interessen in den Vordergrund gestellt, sondern ausdrücklich die sehnlichste Hoffnung, dass es den Kandidaten gelingen werde, "aus Arbeiterkreisen soviel Zugang zu erhalten, dass dem Sozialdemokraten das Mandat mit Erfolg streitig gemacht" werden kann.

Die Arbeiter werden sich hoffentlich nicht auf den Leim locken lassen.

Die Demonstration in Mühlhausen i. E.
erregt auch den Gross der "Deutschen Zeitung", des Berliner Beamtenorgans. Der sozialdemokratische Aufsatz, der für die Reichslande die republikanische Staatsverfassung fordert, wird als eine öffentliche Aufforderung zu hochverräterischen Schlägen, als eine Folge "unsrer modernen rückgratlosen unmoralischen Zeitströmung" bezeichnet. Seden ebt deutscher Mann mache es "aufs tiefste empören, dass diese deutschtadelichen Freuden und solche offene Revolution ohne weiteres sich laut machen dürfen und gesünder werden."

Die echt deutschen Männer scheinen in ihrer blinden Mut ganz verlegen zu haben, dass im heiligen Deutschland Preußen für Hamburg, Bremen und Lübeck die offene Rebellion längst historische Latte ist, die der Gesundheit des Vaterlandes bis jetzt durchaus keinen Schaden gebracht hat.

Feindliche Brüder.

In Marburg ist v. Gerlach als Kandidat der Demokratischen Vereinigung aufgestellt worden. Die Fortschrittlichen wollen von ihm nichts wissen; in Marburg müssten die Fortschritter mit einem eigenen Kandidaten auf den Plan treten. — In Marburg wurde 1907 in der Stichwahl der frühere Antisemit Böhme, jetzt Sekretär des Bauernbundes, mit 10 445 gegen 8274 Stimmen, die auf Gerlach entfielen, gewählt. In der Hauptwahl wurden 14 545 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war größer als im Vorjahr. Unsere Genossen haben eine Stimmenzunahme zu verzeichnen.

Finnland.

Wir marschieren! In vielen Bezirken sind die Wahlen zum finnischen Landtag beendet. Bis hier erhielten die Sozialdemokraten 315 482, die Altpfennin 172 846, die Jungfinnen 114 532, die Schweden 106 289, die Agrarier 61 614, die christlichen Arbeiter 14 545 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war größer als im Vorjahr. Unsere Genossen haben eine Stimmenzunahme zu verzeichnen.

Die Gewerbesteuer

endgültig beschlossen.

Mit 55 gegen 35 Stimmen erklärte sich die Bürgerschaft gestern abend gegen 10½ Uhr in der Gesamtabstimmung für die Gewerbe-, Konsumvereins- und Filialsteuer. Damit hat der Senat einen Erfolg erzielt, den jeder gerechtverdiente Mensch nur auf das lebhafte bedauern muss, der aber nur ermöglicht wurde, durch den Berat einer ganzen Anzahl liberaler Bürger im Pariser Programm. Noch wenige Wochen vorher hatten sich diese Leute öffentlich scharf gegen die Gewerbesteuer erklärt, die auch nach ihrer Meinung für die Alte in einheitlichkeit schädlich ist. Dann bereitete — ob im Auftrage des ihm nahestehenden Senates sei dahingestellt — der Rechtsanwalt Fehling, eine liberale Bogenlampe, den Umfall seiner politischen Glaubensgenossen vor, selbst sie gehörig mit der Versicherung ein, dass er die Senatsvorlage so verbalhornisierte, dass der Senat im Falle ihrer Annahme durch die Bürgerschaft sie ablehnen müsse, und ergierte so den traurigen Triumph, dass die Gewerbesteuer vorläufig angenommen wurde. Die ganze Komödie war von ihrem charaktervollen Regisseur so geschickt arrangiert worden, dass einige der mitwirkenden Akteure erst als es zu spät war merkten, zu welcher niedrigen Rolle sie eigentlich gebraucht worden sind.

Beizont sei in diesem Zusammenhang, dass die bürgerliche Presse Lübecks, mit einer einzigen Ausnahme, die nunmehr beschlossene Sonderbesteuerung lebhaft propagierte, allen voran das sonst ein so bescheidenes Dasein fristende liberale "Lübecker Tageblatt". Hauptsächlich wird der Lohn für ihren Dienste nicht ausbleiben; wirklich liberale Leute werden dem Blatt, das sich nicht einmal einen richtigen Bericht über die Bürgerschaftsverhandlungen leisten kann, sicherlich den verdienten Fußtritt geben, vorausgesetzt, dass das "Tageblatt" überhaupt liberale Leute besitzt. Der General-Bumbum, der ja auch einst ein Gegner der Gewerbesteuer war, machte natürlich den Umfall mit, als er sah, wie der Hase lief. Er darf seinen Abnehmern ja alles bieten.

In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft brachte Dr. Witte in zunächst einen Antrag ein, die Gewerbesteuer durch eine Erwerbssteuer zu ersetzen. Selbstverständlich lehnen die Sozialdemokraten auch eine solche Steuer ab, weil sie nicht alle leistungsfähigen Kreise trifft. Dennoch stimmten sie dafür, den Antrag an eine Kommission zu verweisen, um auf diese Weise die Verabschiedung der Senatsvorlage zu verhindern. Doch wurde der Antrag schließlich abgelehnt, ebenso wie verschiedene Anträge, die dazu dienen sollten, den Kreis der besteuerten Personen zu erweitern. Besonderswert ist besonders die Ablehnung der Einbeziehung der Beamten in die Steuer in namentlicher Abstimmung mit 52 gegen 39 Stimmen. Unter der knappen Mehrheit von 12 Stimmen befanden sich nämlich in der Bürgerschaft sizigende Beamte, die durchweg recht erhebliche Aufbesserungen ihrer Gehälter erfahren haben, nun aber gern andere zahlen lassen wollen. Unseren Standpunkt vertrat in geschickter Weise wieder Genosse Dr. Schröder. Er kennzeichnete die Handlungsfähigkeit des Rechtsanwalts Fehling einfach als "liberal". Das besagt heutzutage genügend. In Lübeck legen die Liberalen bekanntlich nacheinander sämtliche ihrer zum "Odenverbünden" bestimmten Forderungen außer Kraft: erst die Forderung des allgemeinen geheimen direkten Wahlrechts und jetzt die Forderung einer gerechten Besteuerung. Nur zu so! Dadurch müssen schließlich auch dem blindesten Spießbürgers die Augen über das wahre Wesen dieser Liberalen geöffnet werden.

Wie bereits gesagt: Die Gewerbesteuer, die Filial- und Konsumvereinssteuer hat die Mehrheit der Bürgerschaft beschlossen. Mit den Sozialdemokraten stimmten außer den Herren um A. Pape in der Hauptsache nur noch einige Handwerker, die durch die Ablehnung der Warenhaussteuer verärgert waren, dagegen. Die Warenhaussteuer, mit welcher der Senat auch den Arbeiter-Konsumverein erdrücken wollte, fiel bereits am Dienstag. Vom Senatsrecht wurde jedoch das baldige Wiedererscheinen dieses Gespenstes in sichere Aussicht gestellt. Vielleicht hat auch inzwischen Emanuel Fehling seine Gesinnung wieder umgekämpft und einen neuen Kuhhandel angesangen, der dem Senat eine Mehrheit mit hilf einer eingeschworenen Liberalen sichert. Sonst würde der Senat sich nur eine Blamage holen und dazu ist er jedenfalls zu schlau. Also: Hilf zu, Emanuel!

Wie werden natürlich nicht ermangeln, die Haltung der Feinde des erwerbstätigen Volkes vor aller Öffentlichkeit zu kennzeichnen. Wenn wir nicht die einzigen denkbaren Gegner einer jeden unerfreulichen Steuer waren, so müssten wir uns eigentlich über die Beschlüsse der Bürgerschaft deshalb freuen, weil sie uns unbeschreibliches Material zur Agitation gesiebt haben.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 10.

Donnerstag, den 12. Januar 1911.

18. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 11. Januar 1911.

103. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Wer mit h.

Vor Eintreten in die Tagesordnung ehrt das Haus das Andenken des gestorbenen Abg. Köhler (A.) in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der freisinnigen Interpellation betr.

Aushebung der Bündwarensteuer.

Schöpflin (SD): Herr Hahn konstatierte gestern, daß außer der Sozialdemokratie alle Parteien schuld seien an dem Zustandekommen dieses Gesetzes. Dafür sei bedankt, mein lieber Hahn! (Heiterkeit) Als ich gestern sah, wie einer dem andern die Schulte an dem Zustandekommen dieses Kindes zuzuschieden suchte, da sagte ich mir

Keine Familie das!

So viele Väter, und keiner will es gewesen sein. Der selige Kutscher scheint die Situation vorausgesehen zu haben, als er schreibt: „Vater werden ist nicht schwer. Vater sein dagegen sehr!“ (Heiterkeit) Alle Redner außer Herrn Eiders verurteilten gestern die Bündwarensteuer zu verschönigen. Der Staatssekretär hat sogar davon gesprochen, daß durch sie die Gefahr der Feuerbrände gemildert werde. Es sah gerade so aus, als ob mit diesem Gesetz eine verdienstvolle Tat vollbracht worden wäre. Bei seiner Einführung machte man geltend, der Rückgang des Konsums werde bald wieder verschwinden. Man sah das vor allem deshalb, um unsern Antrag auf Entschädigung der Bündholzarbeiter abzulehnen. Hierfür trifft das Zentrum die Hauptblame. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Staatssekretär macht auch die Vorversorgung für den Produktionsrückgang verantwortlich. Aber das Gesetz besteht jetzt 1½ Jahre und man wird doch niemand glauben machen wollen, daß die Massen der Bündholzverbraucher sich für eine solche Zeit versorgt haben können. Das Gesetz hat

Großes Glück über Tausende

von Arbeitern gebracht. Aber der Staatssekretär sagt: Sie sind ja noch nicht verhangen. Und die Rechte dieses Hauses brach bei seinen Worten in ihr bekanntes laches Hohnlachen aus. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und nicht nur die Bündholzarbeiter, sondern auch Arbeiter anderer Industrien sind geschädigt, denn die arbeitslosen Bündholzarbeiter müssen ja in andern Betrieben unterzukommen suchen, wodurch dort die Löhne gedrückt werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Staatssekretär meinte, die Fabrikanten seien mit dem Gesetz zufrieden. Er hat aber nur mit ein paar Großunternehmern verhandelt. Wir haben aus Fabrikantenkreisen Briefe erhalten, die deutlich zeigen, wie man dort über das Gesetz denkt. Die Arbeiter haben sich schon vor Monaten mit einer Eingabe an die Regierung gewendet, aber bis jetzt hat man

die Arbeiter ohne Antwort gelassen.

Hört, hört! bei den Soz.) Bei landwirtschaftlichen und Höfleinvereinen heißtt sich die Regierung ganz anders. (Sehr wahr! bei den Soz.) Graf Oppendorf hat sich am 1. September herbeigeflossen, in Habelschwerdt in einer Volksversammlung zu reden. Dort ist die Wut gegen das Zentrum ganz außerordentlich gestiegen, und deshalb rügte Graf Oppendorf die Schulde zunächst auf die Nationalliberalen abzuschieben. Da er damit keinen besonderen Eindruck machte, schlug er zum Schluß die Kulturmäpfel. Das tut das Zentrum ja immer, wenn es sich gegen das Volk schwer verständigt hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch die Schweidniger Handelskammer bestätigte die schlimme Wirkung der Bündholzsteuer. Redner schildert das Glück, das besonders in Habelschwerdt unter den Bündholzarbeitern ausgebrochen ist. Eine Fabrik, die früher 420 Arbeiter beschäftigte, hat den Arbeitestand auf 27 reduzieren müssen. Und so ist es

überall. Die Arbeiter leben nur noch von Kaffee, Brot und Kartoffeln. Höchstens kommt einmal Pferdefleisch auf den Tisch. Selbst die christlichen Gewerkschaften haben sich in einem Flugblatt an die Arbeiter gewendet und betont, daß es so nicht weiter gehen könne. Aber stugs erklärte der Abgeordnete Fleischer in seinem Blatte, das sei Aufreizung zum Klassenkampf, und der christliche Geibrauß habe in die gleiche Kerbe gegen die christlichen Gewerkschaften. Wir Sozialdemokraten verlangen die

Aushebung der Bündwarensteuer.

(Bust. b. d. Soz.) Meine Freunde haben in der Reichswirtschaftssteuer-Kommission einen entsprechenden Antrag gestellt. Er ist dort leider abgelehnt worden, und Sie haben damit befunden, daß Sie die Steuer beibehalten wollen. Auch der Staatssekretär meint, er hat davon 15 Millionen, und die will er behalten. Er warnte vor der Abschaffung als einem verhängnisvollen Experiment. Warum soll das Experimentieren denn jetzt auf einmal verhängnisvoll sein? Warum war es das nicht bei der Einführung der Steuer? Die Aufhebung ist ja kein Experiment, sondern nur die Wiederherstellung des alten Zustandes. Der Staatssekretär ist auch ungehalten, daß gerade gegen dieses Gesetz so stark „geheizt“ werde. Er hat eben eine große Vorliebe für indirekte Steuern, namentlich für solche, bei denen das Volk nicht so leicht merkt, was es bezahlt. Wir aber verlangen direkte Steuern, damit jeder weiß, was er zu zahlen hat. Der Staatssekretär hielt nun eine sehr schöne Rede über die

Erziehung zur Sparsamkeit.

Das beweist, daß er sich nicht sehr wohl fühlt. Sein Vorgänger, Herr Stengel, gab uns denselben Rat bei der Finanzreform 1906, er sagte: „Wer braucht man nicht zu trinken, der Bier- und Tabaksteuer könnte sich jeder entziehen. Wenn das deutsche Volk alle derartigen guten Ratschläge befolgen wollte, so wäre ich schon verhungert.“ Denn in Deutschland sind ja alle Nahrungs- und Genussmittel mit Steuern belegt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Reich würde dann aber auch nichts bekommen, weil sein Etat nur auf die indirekten Steuern aufgebaut ist. Ich konnte aus der gestrigen Rede des Staatssekretärs nicht heraus hören, ob es eine wirkliche entschiedene Ablehnung war. Über selbst wenn das der Fall wäre, so ist bei unserer Regierung nicht allzuviel darauf zu geben. Ich erinnere nur an das Wort des kleinen Bülow: „Ohne Erbschaftsteuer wird die Finanzreform nicht gemacht.“ (Sehr gut bei den Soz.) Jedermann aber lehnt er das Monopol ab. Das tun wir ebenfalls, denn Monopolware ist überall teuer und schlecht. Die Nationalliberalen bezeichnen das Gesetz als ein Beispiel für die leichtfertige Geschäftsmachi des schwärzblauen Bloks. Aber trotzdem war Herr Osann nicht bereit, das Gesetz aufzuheben. Die Nationalliberalen waren außer bereit die Steuern zu bewilligen, dann waren sie wiederholt ein bissel dagegen und nannten es ein leichtfertiges Gesetz, das den Betrieb ruiniert. Aber das Gesetz aufzuheben? Gott bewahre! Das alles ist

echt Nationalliberal.

Ich richte an Sie den Appell im Interesse der Tausende schwer geschädigter Arbeiter, im Interesse der schwer geschädigten Industrie für die Aufhebung der Bündwarensteuer einzutreten. Mit diesen Steuergesetzen, die sich als viel gefährlicher noch herausstellen werden, als man vorher ahnen konnte, werden wir bei den Wahlen gründlich abrechnen. Sie reden viel über nationale Aufgaben, jetzt aber ist es die größte nationale Aufgabe, den schwarzblauen Block zu zertrümmern und mit den Leuten, die solche Gesetze machen oder Beihilfe dazu geleistet haben aufzurücken, schärfster rücksichtsloser Kampf gegen eine Mehrheit die solche Gesetze beschließt. (Lebhafte Bravo bei den Soz.)

Herr von Gamper (Rpt.): Wir sind keine Bewunderer der Bündholzsteuer und hätten andere Steuern vorgezogen. Die Herren von der Linken entzogen sich aber der Wirkung. Nachdem wir die an sich gewiß nicht ideale Bündholzsteuer einmal haben, können wir sie nicht ohne weiteres abschaffen. Die schlimmste Zeit, die des Übergangs,

ist ja außerdem vorüber. Herr Schöpflin hat zu sehr verzweifelt, wenn auch gewiß an vielen Orten die Steuer als drückend empfunden werden mag. Zu notwendigen Korrekturen der Steuern sind wir im Interesse der Industrie bereit. Wir haben auch genug soziales Empfinden, um der Frage der Entschädigung nicht durchaus ablehnend gegenüber zu stehen.

Kulski (P.): Die Notlage der Bündholzindustrie ist nicht bestritten, eine Entschädigung der Arbeiter halten wir für geboten; am besten wäre es die Steuer aufzuheben.

Lattmann (Wdg.): Die Interpellation ist wohl etwas Wahlmache, sonst hätte der Interpellant die Erfahrungrichtungen erledigt. Die Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten in der Bündholzindustrie führen zweckmäßig ausschließlich von der Steuer her. Der Entschädigungsfrage werden wir vielleicht näher treten müssen, vorher aber muß über den Umfang und die Deckung der Entschädigung Klarheit geschaffen werden. Zugubenz ist, daß diese Steuer mehr als alle anderen Entlastung im Lande hervorgerufen hat. Über die Linken, mindestens die Nationalliberalen, waren bereit, die Bündholzsteuer zu bewilligen, falls die Erbschaftsteuer bewilligt wäre. Man sollte diese Steuer durch die Dividendensteuer erlegen. (Bravo rechts.)

Werner (A.): Man hätte die Inseratensteuer einführen sollen, dann wäre die Bündholzsteuer überflüssig gewesen. Nachdem die reichen Beileger um die Inseratensteuer herumgekommen sind, sollte man an eine

Abonnentensteuer

dachten. (Heiterkeit) Mit der Aufhebung allein ist es nicht getan, es muß auch Erfolg geschaffen werden. (Bravo! b. d. Reformpartei.)

Dr. Hefsch (Fdp.): Uns war es mit der Interpellation darum zu tun, vor dem Lande zu zeigen, wie eine von der konservativ-klerikalen Mehrheit beschlossene Steuer eine bedenkliche Industrie, Unternehmer wie Arbeiter, auf das schwere geschädigt hat. Der Gegenbeweis des Staatssekretärs und der Redner der Mehrheit ist mißglückt. Der Herr Staatssekretär hat uns auf das Ausland verwiesen. Warum aber zieht man das Ausland nie heran, wenn es sich z. B. um konstitutionelle Forderungen handelt? (Sehr gut! links.) Redner weiß des Weiteren die Behauptungen des Grafen Oppendorf zurück, daß die Steuer ein Kind der Linken sei, auch sei es nicht Aufgabe der Interpellanten Erforschungsläufe zu machen, sondern die Herren, die die Suppe eingebrochen haben, sollten sie jetzt auch aussen. (Bravo links.)

Damit schließt die Befreiung.

Olsain (ML, persönlich) weist den Vorwurf zurück, daß seine Freunde für die Aufrechterhaltung der Steuer seien. Er habe nur gesagt, mit einer Aufhebung sei nicht zu rechnen.

Hierauf wird eine Reihe von

Rechnungssachen

debatte los erledigt.

Bei der Rechnung für den

Gauabsatz der afrikanischen Schuhgebiete

für 1902 und 1903 ergreift das Wort

Noske (SD.): Der vorliegende Bericht ruft die Erinnerung an die Zeiten der allergrößten

Kolonialschlamperei

wach. (Zustimmung b. d. Soz.) Gest ist ja allerdings angeordnet, daß korrekter verfahren wird und man erhält auch den Eindruck, daß die Kritik endlich einen Erfolg hat, um so unbedeutender war natürlich ihre frühere Zurückweisung. In den Jahren 1902 und 1903 ist dem Etat in den Schuhgebieten nur sehr geringe Aufmerksamkeit geschenkt worden. Wie wenig man sich darum gekümmert hat, dafür legt der Bericht des Rechnungshofes zahlreiche Beispiele dar. Eine genaue Nachprüfung ist, wie er sagt, zum Teil garnicht mehr möglich. Quittungen sind einfach verloren gegangen. (Hört,

Burg Plümmeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(37. Fortsetzung.)

Gegen solchen Zweifel und Unglauben des Bauern Sauerfleisch erhoben sich jedoch alle Gäste; am heftigsten der Küster. Wer da zweifelt, daß es Hegen und Belefseine gebe, sei schlimer als ein Unchrist. Die heilige Schrift weise das nach. Krimmels und winnens es nicht in den Evangelien von Leinfel und Belefseinen, wie von Maden in einem alten Stale? Daß die alte Stina seit lange im Ruse stehe, böse Augen zu haben, das sei doch männlich bekannt. So mehr man die Klage streiche, je höher halte sie den Schwanz. Kein Bauer in Sünn kein großes Schwein habe sie am Mittag gefebt und abends habe es tot im Stalle gelegen. Als sie noch eine Kuh gehabt, da habe die nie das rote Wasser gekriegt, während doch so oft anderer ehrlicher Leute Kühle die Krankheit kriegten und daran krepierten. Des Hofs-Bauern Samel habe sie einen Alpfel gegeben, und drei Tage darauf sei der Junge am Fieber erkrankt und habe sich vier Monate damit herumtragen müssen. Und weshalb habe sie im vorigen Herbst nach dem Genuss des heiligen Brotes beim Abendmahl das Schlucken bekommen und beim heiligen Kelch dem Pastor denken an die Hand geöffnet, daß dieser von dem Wein verschluckt? Das habe der Böle in ihr gewuft und keiner kont. Wie komme das, daß ihr Schwein, inmer rascher wachse und fetter werde, als das anderer Leute? Und warum schreibe sie am Maitagabend kein Kreuz an ihre Haustür, wohl aber an ihre Stalltür, da doch alle rechtlichen Menschen es ungekehrt hielten? Seit Weihnachten sei sie nicht zur Kirche gewesen, und daß sie für Brand und für den Stich und für Skolik und fürs Bluten was wisse, das wisse jedwedes Kindes, und daß sie das Fieber abbinden könne, das wüsten selbst die klugen Mansberger.

Zum heutigen Abend und die nächsten Abende verschenkte der Küster soviel Schnaps und Bier, wie sonst kaum an einem zweiten Feiertage. Sein Gebet und Wunsch war, daß die Teufel schwach werden, und in jedes alte Bett einer, oder noch lieber, damit die Sorte nicht ausgehe, ein Paar fahren möchten. Der Küster war der Mann des Krägabends, vor allem, daß er nun jedem Gäste, unter dem Siegel tiefster Vertraulichkeit, mitteilte, daß es von oben her gestattet worden sei, einen „Geguisismus“ vorzunehmen, und daß dies morgen

mittag, um die zwölften Stunde, vor sich gehen sollte, und er, der Küster Schmalbier, auch „offiziell“ dabei sein müsse.

Nimm Dich nur in acht, Küster, daß Dir der Stina ihr Teufel nicht gleich wieder in die Hosen hineinfährt,“ sagte der alte Sauerfleisch, kam aber dadurch nur noch mehr in den Geruch aberwitziger Ungläubigkeit und alberner Torheit.

Die Gespenstergeschichten, welche in dieser Zeit in Plümmeran erzählt, wiedererzählt, neu erfunden und umgearbeitet wurden, hätten für ein ganzes Land von Hottentotten vollkommen für hundert Jahre ausgereicht. Kein Kind wollte des Abends mehr allein noch vor die Tür gehen und man sah morgens dreimal so viele Böttchen zum Trocknen ausgesteckt als sonst. Hicken Laufen begegnete abends der Böle in Gestalt eines großen Hundes. Sie wußte sich nicht anders vor ihm zu retten, als durch einen Sprung in den Dorsteich, wo aus der alten Sauerfleisch sie mit eigener Lebensgefahr hervorzog. Daß aber der Hund, den Hicken gesehen hatte, der große schwarze Moth des Hofsbaudern war, das glaubte kein Mensch.

Schlüssel wußte es um die alte Stina gestanden haben, hätte nicht der Pastor Wolf am zweiten Tage von der Geschichte gehört. Er begab sich sofort zu der Kranken, die geöffnet und verlassen von jeder menschlichen Hilfe erbarmungswürdig dalag. Wolf hatte selber einige Erfahrungen mitgebracht und schaffte sofort durch Öffnen eines Fensters frische Luft ins Zimmer und sichtlich erquickte dies die Alte. Eine Wärmern war ja das nötigste, und da er eine solche in den nahe gelegenen Häusern nicht finden konnte, so trat er bei dem alten Sauerfleisch ein, den er als brav und menschenfreundlich kannte, und hier erfuhr er denn alle Spezialitäten der Geschichte, namentlich auch, was er wohl gehört, aber bisher nicht geglaubt hatte, daß der Pastor Kütt, der Pastor Blasius und der Doktor von Teufelsbesessenheit der Kranken sprachen und deswegen nach Schwertu gefahren hätten. „Ich denke,“ sagte der alte Bauer, nachdem er seinen Bericht abgestattet hatte, „der Teufel spielt hier mit, aber er sitzt nicht in des alten Weibes Bauch. Wenn ich Ihnen hier helfen kann, mein lieber Herr Pastor, so sagen Sie es mir. Über allein kann ich nichts machen, denn das ganze Volk ist wie verrückt, und gegen einen Bactos kann sich nicht anhappen.“

Mit Hilfe des Bauern, einiger Achtkronenstücke und freundlicher Worte gelang es dem guten Pastor, eine einigermaßen verständige Frau zur Krankenpflege zu bewegen.

Dann ging er zu seinem Amtsbruder, vermiedend, daß ein vernünftiges und frendliches Wort auch hier eins gute Stütze finden werde, aber wie sehr irrite er sich da! Kütt, welcher sah, daß das Stück den beiden Fortgang nahm, der sah, daß die Behörde, ja selber der Herr von Plümmeran und das Klosterfräulein, Gefallen daran zu finden schienen, saß auf hohem Bierre und erklärte dem guten Wolf rund heraus, daß er, Wolf, nur deshalb nicht an das Beleben sein der Kranken glauben könne, weil es ihm überhaupt ja, leider am rechten Glauben fehle. Nur mit Mühe erlangte Wolf, daß die Krankenwärterin der Stina gelassen wurde, und noch schwieriger wurde es ihm, die Erlaubnis zu erhalten, der Teufelsausbreitung beizuhören zu dürfen.

Herr von Plümmeran war aus mehrfachen Gründen glänzend für diese Sache gestimmt. Erstlich war es ihm interessant, daß in seinen Gütern etwas passierte, wovon man seit langer Zeit weit und breit nicht gehört hatte, und dann war er seit seinem Mansberger Feldzuge und seit seinem Burgabenteuer selber sehr geneigt, an Hexerei und Teufelei zu glauben. Namenslich wußte er das sonderbare Brüderliche seines Leibrosses nur durch eine Bezauberung desselben sich zu erklären, und so schien es ihm wichtig, sie gelegentlich darüber zu versichern, ob der Exorzismus der beiden Herren Pastoren auch stich- und probehalbt sei. Der Kütt kämpfte immer seit dem Tage von Mansberg und Herr von Plümmeran war daher entzissen, ihn exorzieren zu lassen, falls die Sache sich an der alten Stina als problich bewähre. Daß die Herren Pastoren ihm dies weigerten, kam ihm nicht in entferntesten in den Sinn. Weshalb sollten sie dies auch eigentlich tun, da ein Gerechter sich ja auch des Viehes erhartet? Obendrein erachtete der Burgbauer seinen Gelben zehnmal, ja hundertmal mehr wert, als ein altes, ausgetrocknetes Weibsbild.

Der zur Teufelsaustreibung angesezte Tag war da. Pastor Kütt und Pastor Blasius, beide in ihrer besten Amtstracht gekleidet, Küster Schmalbier mit seinem Bratenwender angestellt und Herr Garz mit einem vom Pastor entleichten schwarzen Hut ausgestattet, begaben sich in feierlichem Schritt zur Wohnung der Alten, wo schon den Pastor Wolf und den Bauer Sauerfleisch fanden. Kütt wollte letzteren austreiben, aber Pastor Blasius hinderte dies mit gütlich frommen Worten. Se mehr Zeugen der christlichen Handlung bewohnten, je besser sei dies ja, meinte er. Bald darauf kam auch der Burgherr gefolgt vom Meister Samuel Bingel. (Fortsetzung folgt.)

hört b. d. Soz.) Aber das ist noch garnicht! In Südwürttemberg hat die Eisenbahnverwaltung ursprünglich das Personal verprovoziert, und für das 4. Quartal 1902 sind die Ausgaben hierfür im Betrage von etwa 8000 Ml. zweimal nachgewiesen! Ein Verfahren gegen den Proviantmeister ist eingestellt worden und abvrechlich kann er nicht haftbar gemacht werden, weil sämtliche Belege verloren sind. (Hört, hört b. d. Soz.) Da hört sich doch alles auf. Dabei steht jetzt fest, daß auch in den folgenden Jahren zum Teil nicht geringere Ungehörigkeiten vorgekommen sind. Die Rechnung für 1903 bringt die Erklärung an den früheren vorgenannten Gouverneur von Butkamer. Wiederholt hat er die Befehle seiner Vorgesetzten in den Wind geschaufen und die Kostenanschläge überschriften, in einem Falle um 8000 Ml. Ich meine es müßte hier ein Exempel statuiert werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Goercke (NL): An die Kolonien ist natürlich ein anderer Maßstab anzulegen, als an die Verhältnisse in der Heimat, aber in Geldsachen darf auch jenseits des Ozeans nicht gewüsst werden. (Sehr wahr! links.) Auch ich muß das Verhalten der Regierung in Sachen des Kameruner Regierungsbüroes rügen, ob freilich Herr v. Butkamer rechtfertiglich zu machen ist, das muß erst untersucht werden.

Erzberger (3): Solche verfälschte Rechnungslegung macht das Budgetrecht des Reichstags nahezu illosfisch. Alle Parteien verlangen geordnete koloniale Rechnungslegung, oder wann wird endlich die Regierung diesem berechtigten Verlangen nachkommen?

Staatssekretär des Reichskolonialamts v. Lindau (P): Es gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft die Rechnungslegung präziser erfolgen werde. Es sollen besondere Kommissare des Rechnungshofes in die Kolonien gefandt werden, um an Ort und Stelle die Rechnungen zu übernehmen. Redner gibt die Verhöfe des Gouverneurs von Butkamer zu, man müsse ihm aber mildernde Umstände zur Seite stellen. So war z. B. ein Sitzungssaal dringend notwendig.

Do v. (Vpt.): Alle diese Beanstandungen von Verhören zeigen, wie weit wir noch davon entfernt sind, daß unserer Bürokratie die konstitutionellen staatsrechtlichen Grundätze in Fleisch und Blut übergegangen sind. Alle unsere Abstreiche hier helfen nichts, wenn der Staat nicht eingehalten wird. (Sehr wahr! links.)

Die Diskussion schließt mit der Überweisung der Vorlage an die Rechnungskommission. Debattetlos wird die Abstimmung der Einnahmen und Ausgaben des Schatzhauses für 1903 der gleichen Kommission überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der allgemeinen Rechnung nebst Nachstellung der

Stattdurchreitungen und ankerzeitmäßigen Ausgaben für 1909.

Noske (SD): Der Reichstag resp. die wechselnden Regierungsmehrheiten tragen ein gerütteltes und geschütteltes Maß von Mitschuld an diesen systematischen Staatsüberschreitungen, an dieser Wirtschaft, durch die dem Reiche ein

Milliardenüberschaden

entwachsen ist. immer ist von Sparsamkeit die Rede, aber gehabt wird nie. (Sehr wahr! bei den Soz.) Alle Sparsamkeit ist darauf hinausgegangen, daß die Schuldenlast um 1500 Millionen vermehrt worden ist. Die Übersicht von 1909 läßt erkennen, daß sorgamer ge-wirtschaftet worden ist als früher. Ich will dahin gestellt sein lassen, ob es eine Folge der hier geübten Kritik ist, wahrscheinlich haben der Vater des Reiches und diese Kritik zusammengewirkt. Beim Auswärtigen Amt ist die Rede von Geschenken aus Anlaß von diplomatischen Besuchen, also von einer Art von Schmiergeldern. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wie sind der Meinung, wenn der Kaiser Geschenke machen will, soll er das aus seiner Tasche tun. (Sehr richtig! bei den Soz.) Beim Militärat sind die Überschreitungen ganz außerordentlich. Die wiederholt geübten Überschreitungen bei den Mandatarien sind auch wieder da. Es zeigt sich, daß bei den Rentkonsolidierungen von Mannschaften bedeutend sparsamer vorgegangen wird, als bei der der Offiziere. Mir ist mitgeteilt worden, daß den Militäratzen eine Verfügung verlesen worden ist, darauf zu achten, daß die Mannschafts-Pensionierungen nicht zu sehr ansteigen. Wenn Gewährsmann werde ich allerdings nicht nennen, da er sonst stürz gemäßigt würde. Gegen eine derartige Beeinflussung müssen wir uns mehr protestieren, als die Militärdirektion bei der Rentkonsolidierung bei den Offizieren durchaus nicht frierlich ist. Ich empfinde es geradezu als einen Skandal, daß die Pensionen für Offiziere für die Expedition nach Ostafrika noch linear ansteigen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Der Staat der Marineverwaltung zeigt derartige Überschreitungen und Unterschreitungen, daß das Staatsrecht des Reichstags geradezu illusorisch gemacht ist. In Zukunft muß alles in einem korrekter verfahren werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Generalleutnant v. Wacker: Eine derartige Anweisung an die Radweiser, Militäratze, wie der Abgeordnete Noske sie angedeutet hat, ist nicht erfolgt. Ich bitte den Herrn Abgeordneten, seinen Gewährsmann zu nennen. (Noske: Ich werde mich hüten. Ahal rechts. Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Wenn wir kein Material bekommen, können wir der Sache nicht nachgehen. Ein Unterschied bei den Rentkonsolidierungen wird zwischen Mannschaften und Offizieren nicht gemacht.

Dr. Goercke (NL): Sollte eine solche Verfügung ergangen sein, so würden auch wir sie nicht billigen. Im allgemeinen macht die Übersicht den Eindruck großer Sparsumme.

Erzberger (3): Eine ganze Reihe von Staatsüberschreitungen erhebt ganz unbegründet. Die Einhaltung des Budgets muß aber oberste Grundlage bei jedem Bericht sein, sonst ist ein Staatsamt überhaupt nicht zu deuten.

Reichsjustizialrat Wermuth: Die ökonomische Gesamtwirkung der Rechnung von 1900 ist eine günstige. Bei den Haush. für die Kriegsabteilung sind wir streng nach dem Gesetz verfahren.

Noske (SD): Das bei den Betriebsabteilungen streng nach dem Gesetz verfahren wird, das Herr Wermuth sagte, erkenne ich an. Ich habe aber das Gefühl, daß bei der Rentkonsolidierung der Offiziere nicht so streng nach dem Gesetz verfahren wird. Vielleicht erfolgen Rentkonsolidierungen, um größtmögliche Rentenabschläge zu erzielen. Wenn die Regierung bei der Rentkonsolidierung tolerante verfahren würde, so hätte ihr kein Mensch daraus einen Vorwurf gemacht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bezüglich des Erfolges an die Städte betone ich, daß mit von einer Stelle, die es wissen mög. aufgeteilt wurde, daß in einzelnen Gemeinden in gleicher Summe auf die Städte eingewirkt worden ist. Meinen Gewährsmann nenne ich nicht, weil er sonst sofort gemäßigt würde, auch wenn er die Wahrheit gesagt hat. (Bei soll bei den Soz.)

Bürgermeister Wermuth: Ich vermochte mich gegenüber Herrn Noske zu richten, genauer zu haben, daß bei der Rentkonsolidierung der Betriebsabteilungen streng nach dem Gesetz verfahren wird. Die Rentkonsolidierungen, durch die die Beteiligung erfolgt, legen die Rentkonsolidierungen in der

entgegengesetzten Weise im Interesse der Veteranen aus.

Kriegsminister v. Herringen: Ich betone nochmals, daß bei Offizieren und Mannschaften in bezug auf die Rentenfähigkeit kein Unterschied gemacht wird. Eine solche Verfügung an die Arzte ist vom Kriegsministerium nicht eingangen. Wenn Herr Noske behauptet, es sei von irgend einer untergeordneten Stelle ausgegangen, so bitte ich ihn, diese Stelle zu nennen, damit ich feststellen kann, was daran ist. Der Gewährsmann bleibt dabei ganz außer Betracht.

Die Diskussion schließt mit Überweisung der Übersicht an die Rechnungskommission. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (2. Lesung der Novelle zum Strafgesetzbuch.)

Schluss 6 Uhr.

b. Lübeck, 11. Januar 1911.

Die Sitzung wird um 6 Uhr 20 Min. vom Wortführer Dimyker eröffnet.

Es wird in der Spezialberatung des Gewerbesteuergesetzes fortgefahrene.

Dr. Wittern beantragt statt Gewerbesteuer Gewerbe-sssteuer gesetz zu sagen und das Gesetz an eine Kommission zu verweisen. Konsequent sei der Inhalt der Senatsvorlage nicht; man möchte noch mehr Zusnahmen hineinbringen, geniere sich jedoch. Deshalb habe man ja auch hinten mit der Beratung begonnen. Wenn das Gesetz auswärts bekannt wird, erregt es Kopfschütteln. Die Industrie wird einfach ferngehalten von Lübeck. (Der Redner wird vom Wortführer gebeten, zur Sache zu sprechen.) Ein Hauptgrund, eine objektive Gewerbesteuer einzuführen, soll auch darin liegen, die Lübeck-Büchener Eisenbahn heranzuziehen. Dieser Grund ist nichtlichhaltig. Wenn Sie so verfahren, alle Einkommen über 8000 Mark mit einem Zuschlag zur Einkommensteuer zu delegieren, erreichen Sie weit mehr und erweitern den Kreis der Zahler. So erwarten Sie ja doch, daß der Ertrag ausbleibt. Die Rentner würden nicht getroffen, sondern nur diejenigen Personen, die erwerben. Das fundierte Kapital kann schwerer getroffen werden. Durch einen 20prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer für höhere Einkommen erreichen Sie ein weit günstigeres Resultat. Der Senat kann bei unbefangener Prüfung meiner Vorlage sein Unzumutbar nicht aufrechterhalten. Nachdem man asthmatisch erfaßt hat, was eigentlich in dem Gesetz drinsteckt, ist eine Kommissionsberatung angebracht.

Senator Dr. Fehlings: Die Ausführungen des Vorredners stellen sich als eine Rückfahrt zu der Allgemeinberatung dar. Der Senat kann unmöglich auf diese Vorläufe eingehen. Eine Kommissionsberatung würde so schnell nicht vor sich gehen; dem Antrag sollte nicht zugestimmt werden.

Giechenburg: Die Beamten würden bei Kommissionsberatung in diesem Jahre ihre Gehalts erhöhung nicht mehr erhalten; unsere ganze dreitägige Arbeit wäre vergeblich. Nach den beschlossenen Abänderungen sind Härten in dem Gesetz nicht mehr enthalten. Um einzelnen leichtert der Redner die Witternschen Ausführungen, die er nicht alslichhaltig ansieht kann. Die Industrie werde durch dieses Gesetz nicht ferngehalten. Wenn die Gesellschafter der großen Betriebe sich mit dem Gesetz einverstanden erklären, brauchen wir dieses nicht abzulehnen. Entwickelt sich Lübecks Handel und Industrie, wächst auch der Ertrag der Steuer. In einer Kommission verschwindet das Gesetz, deshalb ist der Antrag Dr. Witters abzulehnen.

Boje führt das steuerbare Einkommen in Lübeck an, das jetzt 71 Millionen beträgt; nach dem Vorschlag Dr. Witters würde bei Ablehnung des Gesetzes ein Zuschlag von 22 Proz. zur Einkommensteuer bezahlt werden müssen. Fehling: Herr Dr. Wittern hat sich zu einem Gewerbesteuergesetz durchgemauert, das etwas ganz anderes erreichen würde als der Antragsteller erwartet. Die Rentnerbefreiung würde auf keinen Fall eintreten. So schnell wie Herr Dr. Wittern glaubt, würde die Kommission nicht arbeiten. Sämtliche Leute, die in das Gesetz hineingehören, würden durch seinen Antrag nicht getroffen. Die Landleute in nächster Nähe Lübecks, die gleichfalls an dem Aufschwung teilhaben, sind ausgeschlossen. Die große Mehrheit der Bürgerschaft hat sich bereit erklärt, die Objeksteuer anzunehmen. Deshalb sollte man einen solchen Versuch nicht machen, wie Herr Dr. Wittern jetzt vorschlägt.

Dr. Meyer: Ich sehe die Einheit über das Gesetz nicht gestört. Bedenken sind hervorgerufen durch die Ablehnung der Warenhaussteuer und die Nichteinbeziehung der Lübeck-Büchener Bahn. Es soll ja bereits der Gedanke einer neuen Warenhaussteuer im Schwange sein. Ich bitte vom Senat hierüber Ausklärung. Konsequent ist der objektive Charakter des Gesetzes durchgeführt; daß man Zinsen abziehen kann ohne den Charakter des Gesetzes zu zerlegen, haben Sie ja im § 8 gesehen, wo die Hypotheken der Bauhandwerker als besonders abzugängig erklärt werden. Im Rahmen des jeglichen Gesetzes kann mit großer Wahrscheinlichkeit die Lübeck-Büchener Eisenbahn gefaßt werden. Jede Gewerbesteuer ist eine Einkommensteuer nach der die Bahn nicht gefaßt werden kann. Im Privilegium der Bahn können wir nichts ändern, wir brauchen diese Vorrechte aber nicht besonders auszubauen.

Bürgermeister H. Giechenburg: Die Warenhaussteuer ist gekenn leidet geblieben, nach meiner Aussicht wird und muß sie aber wieder kommen, denn wie können Sie auf keinen Fall entbehren.

Senator Dr. Wermehren: Herr Dr. Wittern hat den Bericht gemacht, die Grundlagen des Gesetzes zu befeitigen und ein Ergänzungsteuergebot zur Einkommensteuer an der obigen Stelle zu legen; wir schaffen hier aber ein rein objektives Gewerbesteuergesetz, wie ja auch Herr Dr. C. Meyer erklärte. Man sollte vermeiden, die Einkommensteuer so zu erhöhen, daß nach außen hin der Aufschwung erweckt wird, wir hätten eine besonders große Einkommensteuer. Die Lübeck-Büchener Eisenbahn kann sehr wohl durch das Gesetz getroffen werden.

Schumann: Wir wollen lieber doppelte Arbeit leisten als ein Gesetz schaffen, das Ungerechtigkeiten enthält. Sie würden sich, daß Herr Dr. Wittern ein Gewerbesteuergesetz einbringt und wenden sich entweder dagegen. Vor kurzer Zeit waren Sie selbst noch Anhänger eines solchen Gewerbesteuergesetzes, für mich ist hier maßgebend, daß Herr Präses Eichendorff hervorgehoben hat, daß das Gesetz Ungerechtigkeiten enthalte. Deshalb müssen wir bis zum letzten Augenblick darüber eintreten, daß Verbesserungen geschaffen werden, und das ist unterliege ich Herrn Dr. Wittern. Der objektive Charakter des Gesetzes ist auf keinen Fall gewahrt. Sie müssen, um zum Schlüsse zu kommen, das Gesetz mit den Ungerechtigkeiten und Unfairheiten verabredet. Das darf nicht geschehen. Und der objektive Charakter gewahrt, müssen die Salzdrinnen versteuert werden und die Person muß anschließen. Das Unrechtfertigte ist, daß das Gesetz in einer Kommission beraten wurde und wie nur Ja und Nein sogen. Sollte die Bürgerschaft erst die Ve-

ratungen vornehmen und eine Kommission wählen, könne wir zu besseren Resultaten. Das Gesetz ist weder Pferd noch Esel, nicht einmal ein Maulsot. (Große Heiterkeit.) Alles Pflichtiges lehnen Sie bitte das Gesetz ab. (Bravo! bei den Soz.)

Dr. Wittern: Selbstverständlich sind meine Anträge der Kritik unterstellt und auch verbessungsfähig; dazu die Kommission darum Verbesserungen vorzunehmen. Das Landgebiet habe ich auf keinen Fall übersehen, in meinen schriftlichen Erklärungen können Sie das nachsehen. Die Betriebe außerhalb Lübecks werden durch meinen Vorschlag ebenfalls getroffen. Sie stehen im Einklang mit der Senatsvorlage. Ich bin der Meinung, daß die Gewerbesteuer die Lübeck-Büchener Bahn nicht trifft, die Gewerbesteuer trifft die Bahn aber ebenfalls nicht, weil sie vertraglich geschafft ist. Glauben Sie ja nicht, daß die Lübeck-Büchener Bahn ihre Weisheit aus der Bürgerschaft bezieht. Die Bahn hat auch Gewerbesteuer zu bezahlen, aber nicht nach dem Gesetz, sondern nach dem Vertrage von 1901. Wenn Sie die Bahn weiter belasten wollen, entscheidet nicht das Gericht und der Bürgerausschuß, sondern ein vorgesetztes Schiedsgericht. Die vorhandene Mehrheit für das Gesetz scheint nicht mehr so groß zu sein wie gestern. Wenn die Warenhaussteuer wieder kommt, wird sie dann aber auch angenommen? Jawohl! sagt der Herr Bürgermeister. Prophezeien ist sehr schwer, ich glaube es nicht. Neue Gründe für die Vorlage werden nicht mehr viel vorgebracht werden können. So wichtige Steuerfragen gehören an eine Bürgerschaftskommission, in anderen Parlamenten kommen alle Vorlagen zuerst an das Plenum, bei uns erst an das Geheime Kabinett des Bürgerausschusses, das ist der Nachteil für uns. Wie wurden in der Bürgerschaft mit allen Anträgen überrascht, wir könnten sie nicht genau prüfen. Wenn hier diskutable Dinge kommen, muß die Bürgerschaft sofort Recht vor sich haben, um auch eine selbstgewählte Kommission mit der Prüfung zu beauftragen. Mit dem Gesetz werden die erhofften Erfolge nicht erzielt.

Senator Dr. Fehling: Ein Unannehmbar habe ich den Witternschen Vorschlägen nicht entgegengestellt, nur die Zwecklosigkeit betont. In gegenwärtigem Stadium des Gesetzentwurfs in eine Beratung darüber einzugehen. Ein überzeugen haben Senat und Bürgerschaft die Grundlagen für das Gesetz geschaffen. Das Staatsinteresse erfordert die Annahme des Gesetzes, um die ich bitte.

Giechenburg: Ich habe keinesfalls davon gesprochen, daß Ungerechtigkeiten im Gesetz enthalten sind, nur auf Härten habe ich hingewiesen.

Dr. Wittern: Der Absatz 1 des Gesetzes spricht für den subjektiven Charakter. Der Absatz 2 für den objektiven, so geht es bunt durcheinander.

Schumann: Herr Präs. Eichendorff hat ausdrücklich von Ungerechtigkeiten gesprochen, seine leibigen Einschränkungen ändern an der Auffassung nichts.

Die von Dr. Wittern beantragte Kommissionssberatung wird abgelehnt.

Die Überschrift der Senatsvorlage wird angenommen.

Zu § 1 liegen Abänderungsanträge von Grünau und Coleman vor.

Grünau: Im § 1 des Gesetzes sind persönliche Momente hineingebracht worden, und folglich der subjektive Charakter vorhanden. Durch meinen Antrag sollen auch die Beamten, Schriftsteller usw. mit einbezogen werden. Wenn die Allgemeinheit besteuert wird, kann auch mit den Beamten gleichzeitig durch ein Sondergesetz würden wir uns lächerlich machen. Schließlich ist ja auch der Motor vom Gesetz betroffen, und der ist doch auch zum Zeit Bedenken. Redner ersucht um Annahme des Antrages.

Senator Dr. Wermehren: Durch den Antrag Grünaus wird der objektive Charakter des Gesetzes aufgehoben. Ich warne Sie vor dessen Annahme. Die gemachten Ausnahmen beeinträchtigen den Charakter des Gesetzes nicht. Die Rechtsanwälte haben durch Handel und Gewerbe Vorteile gehabt und haben sich nicht gegen die Annahme gewehrt. Würden die Kreise mit hereingezogen, die Herr Grünau willst, wird das Gesetz zur Personalsteuer.

Senator Dr. Wermehren: Ich wende mich gegen den Vorschlag.

Coleman: Der Anregung von Grünau könnte man sehr gut folgen. Wir haben aber auf die Einbeziehung der Beamten verzichtet, um das Gesetz nicht zu gefährden. Den Nebenerwerb der Beamten und Rentner sollte man jedoch fassen, im Rahmen des Gesetzes geht dies nicht. Vielleicht aber durch ein eigenes Gesetz. Ob sich dieses lohnt, muß die Prüfung ergeben; so unbedeutend wird der Nebenerwerb dieser Kreise nicht sein, ob man ihn ganz trifft, ist allerdings zweifelhaft. Redner stellt einen Antrag, den Nebenerwerb von Beamten und Rentnern, soweit er 3000 Ml. übersteigt, zu besteuern.

Fehling: äußert sich zu den gestellten Anträgen und betont nochmals die eingetretene Verständigung über den objektiven Charakter des Gesetzes.

Dr. Wittern: Arzt und Anwalt treiben kein Gewerbe. Ich bitte Herrn Grünau, seinen Antrag anders zu fassen.

Dr. Ziehl: Als Konsequenz der bisherigen Beschlüsse bitte ich, den Absatz 2 wieder so zu fassen, wie die Gemeinsame Kommission ihn gefaßt hat. Lediglich rechtliche Gründe sprechen dafür. Die Ärzte wollen sich der Steuer nicht entziehen, trotzdem sie von dem wirtschaftlichen Aufschwung keinen Vorteil hatten. Die Steuerbehörde hat 1902 selbst zugegeben, es wäre eine Unbilligkeit, die Ärzte mit einer Geschäftsteuer zu beladen. Gesetzgebung und Wissenschaft geben überall zu, daß die Ärzte mit einer Gewerbesteuer absolut nichts zu tun haben. Wenn man vom Unfallen reden will, hat der Senat hier bei den Arzten den Fehler gemacht. Jedes Merkmal eines Gewerbebetriebes scheidet bei den Arzten aus; sie in das Gewerbesteuergesetz einzubeziehen, stellt einen bedenklichen Schritt in der Rechtsaufstellung dar. In den Hansestädten würde das der erste derartige Fall sein; die Ärzte hätten dann aber auch keine Veranlassung mehr, sich an die allgemein gültigen Vorschriften in Deutschland zu lehnen und würden das Geld hernehmen, wo sie es herbekommen. Das Arztkommen ist lange nicht so hoch, als allgemein angenommen wird.

Bürgermeister H. Giechenburg geht auf die Ausführungen Dr. Ziehls ein und betont, daß der Senat im Bürgerausschuß bei dieser Vorlage manches Opfer gebracht habe. Wenn die Ärzte ausgeschlossen werden, verringert sich der Ertrag um 6000 Ml.; bei dem könnte schon geringen Steuerertrag kann aber auf nichts mehr verzichtet werden.

Dr. Schömer ersucht den Antrag Grünau anzunehmen um den objektiven Charakter der Steuer zu sprengen. Weil ich alle leistungsfähigen Kreise einbeziehen will, kann ich nicht für den Antrag Ziehl stimmen. Auch dem Antrag Coleman darf keine Rolle geleistet werden, man muß mit dem Antrag Grünau die Gelegenheit beim Schopf fassen; wenn die Beamten heute nicht in das Gesetz hineinkommen, können wir lange warten, bis sie getroffen werden. Wir bringen zu retten, was gerettet werden kann. Der Antrag Grünau ist aber nicht vollständig, er schließt die Land- und Forstwirtschaft, die Jagd und den Fischfang und Gartenbau aus, die auch alle Vorteile vom Aufschwung

A. N.
Becker
Uhren-
Uhren und
Goldwaren
Spezialität:
Träuringe
Holstent. 87



Piano-Magazine
Hausmann Johannisstr. 14. Vom
Kauf, Vermiet., Repar.
F. W. Kalbel, Breitestr. 40. Neue u.
guter Plan, in al. Preis!

Empfehlensw. Restau-
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 11.

Gasthof E. Cordes, Seeretz.

Ross-Schlächter,
Beitr. Bibow, Lübeck, Krähnstr. 18.
B. Dieckvoss, Ob. Roßleisewaren.

J. Strobel, Ob. Trave 2, Tel. 1684.
Sp. Roßleisewaren.

Löbigsstraße 8.
Mari. — f. Bed-
steaks u. Gehack-
tes frisch v. Els.

Dankwartzg. 34.
Tel. 958. Täglich
frische Scheiben und Gebackte.

H. Wulff, Fischergrube 10.

H. Jade, Schwartau, Ranzau-Allee 18.

Schirme u. Stöcke
E. Peterich, Pfeilen, Schwartzau.

Schreibwaren
Aug. Barnester, Packenbg. Allee 48.

Carl Ehler, Schwartzau, Allee 85.

Th. Linn, Glockengießerstr. 29.

M. Maxein Wwe., Moisig, Allee 40a.

Eisa Paulsen, Sp. Mühlenbrücke 2a.

Otto Wessel, Moisig, Allee 4a.

H. Bruhn, Reitfeld, Bahnhofstr. 100.

Schuhwaren
Herm. Bade, Lübeck, Martestr. 2.

Baurenfeld, Mühlenstr. 34.

E. Baer, Spezial für Arbeiter.

Reiferstr. 3, b. d.

Heinr. Beckmann, Schwartzau, Allee

Kamm, Schublup.

W. Blumenthal, Kohlmarkt, Ecke Sandstr.,

Schwartauer Allee, Ecke Geverdesstr.

Balauerfuhr 5.

P. Beck, Maß. Reparaturen.

Carl Buchholz, — Record-Stiefel.

F. Jürgens, Schwartzau Allee.

Alb. Melnke, Ecke Aegidienstr. 15.

Hans Struve, Königstr. 89.

F. Behrens, Rundschuhfabrik.

Z. W. Kracht, Pfaffenstr. 15.

F. Meyer, Hütterdam 2.

Rud. Müller, Harteng. 38. Reparat.

Raetz & Kremm, Georgstr. 40.

Dr. Bebbien, Billige Bezugsquelle.

H. P. Chr. Schleuß, Schulm.-Str. 31.

Pudolph Karstadt, Entin.

Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Johannes Hansen, Oldesloe.

Richard Wagner, Reinfeld.

J. Ramm, Schlutup.

Seifen, Toilette-Art.

Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trav.

Adler-Drogerie, Schwartzau.

Stahl-, Eisenwaren

Otto Beier, Schleifer u. Siebsmacher.

Packenbg. All. 10b.

Franz Genzmer, Pernf. 1031.

J. F. B. Grube, am Markt.

Martin Jürgens, Hütstr. 32.

Walter Stalbahn, Hütstr. 25.

Hans Struve, Königstr. 89.

Carl Kappengst, Königstr. 50.

H. Lux, Marlesgrube 51.

J. Pamper, Mühlenstr. 47.

W. Stolzenburg, St. Annenstr. 20.

Georg Popp, 24 Marlesgrube 24. Neue

G. Wackenhut, Fackenburg.

H. Gerigk, Malente, Bahnhofstr. 46.

H. Burmeister, Schlutup, Lüb.-St. 66.

Hermann Pingel, Schwartzau.

G. Woltmann, Breitestr. 77.

Hilte, Mützen, Schürze.

Kotonial-, Fettwaren

E. Bannow, Lübeck, Tunkenh. 32.

Otto Bähn, Friedensstr. 32.

Fedder, J. Behn, Hansstr. 97.

Friedr. Berger, am Markt.

Johanna Böttcher, Hütstr. 42.

Biglas, Fleischbauerstr. 114.

Adolf Burmeister, Reiferstr. 43.

Joh. Breede, Dankwartstr. 37.

Reinh. Büsser, Ammstr. 12.

Ernst Lüth, Willertstr. 3.

Hilte, Marlesgrube 21.

Eig. Kaffeehäuser.

F. Geist, Lübeck, Hütstr. 8, T. 1935.

J. Höppner, Beckengrube 66.

Friedr. Otte, Fischergrube.

Prima-Weine und Spirituosen.

Wilhelm Rahfath

Lübeck, Untertrave 113. Pariser 557.

M. Kranz, Nebelung, Weferstr. 17.

Otto Albert, Kohl-

markt 10.

Spezial-Geschäft für Arbeiter-

Anstallagen und Garderoben.

Als bekannt als gut u. billig!

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint
dreimal
wöchentlich

Herr. Wurst- u. Fleischkoch, Jäbrik
Tel. 6211. August Heere Tel. 6211.
Holstenstr. 19. Tel. 6272.
Hütstr. 22/24. Tel. 6271.
Warendorfp. 21. Tel. 6273.
Breitestr. 44. Tel. 6274.
Mühlenstr. 20. Tel. 6275.
Parcivalstr. 32. Tel. 6276.

H.E. Koch Möbelhäuser
bekannt f. gute u. bill. Möbel-
Aussteuer-Lieb. Säder, Stühle, Spiegel,
Matratzen. Mustern gratis. Lieb. 6276.

Adolf Borgfeld,
Fischerstr. 62, Margarethenstr. 20.

G. Stooss,
Fischergrube 25

Den Lesern bei
Einkäufen auf's
beste empfohlen

Spille & v. Lühmann, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Brauereien

Chr. Bäde, Hörste 128.
Paul Flemming, grube 6276.
Elmer, Braun- und Doppelbier.

Gustav Rath,
Fritzer & Rohmann - Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Allee 31.

Otto Dortmund, Schwartzstr. 98.
G. Repar.-Werkst. 12.
Hugo Meier, Wahmstr. 21.

Adolf Osbahr,
Lohr. Körner, Schwartzstr. 98.
Braumbier,
Hermann Steiner.

F. Weiermüller,
Schwarzwauer Allee No. 3b.
Elmer, Meyer, Warendorf.

Franz Langloß,
Hörste 1749.
Brennmaterialien

Otto Höft, Lübeck, Blankstr. 16a.

H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.

L. Wallbrandt, Rosengarten 10.

Buchhandlung

W. Behendorff, Lübeck, Hütstr. 7.

Bürsten, Kämme

H. Hagenstrom, Lübeck, Kügelstr. 11.

F. Wichmann, Hütstr. 46.

Butter-, Käsehdign.

Job. Beutin, Lübeck, Hütstr. 42.

F. Edmann, Fleischbauerstr. 4.

Ludwig Hartwig, Ob. Trave 8.

Rud. Jacobs, Kupferschmiedestr. 7.

Ob. Wahmstr. 6.

G. Stapp,
Eierhand-
lung

W. Rockenb., Hörste 11.

H. Phillips, Fackenb. Allee 90.

W. Rockenb., Hütstr. 23.

J. Schram, Braustr. 32.

Heinz Tamm, Wickedest. 20.

E. Reinhold, Vol. Fleisch.

John. Gode, Fackenb. W. Feink.

H. Schünemann, Reinfeld, Kirchenstr.

Paul. Feink., Weißb., Gröb.

Joh. Elvers, Schublup.

Erstklass. Ware.

Ad. Hinzelmann,
Schublup.

W. Stolhoff, Wickedest.

Beerd. u. Sarg-Han.

GEARBY

Zur Ruhe.

Georg Behack,

Lübeck, Waredorfp. 4. T. 2186.

Central-Berdingungsanstalt

A. Brodersen, Aegidienstr. 1. Tel. 1090.

L. Boreburg, in allen Preisen.

C. Thiessen & Sohn,

Wahmstr. 18. Übern. ganzer Beerd.

Eigene Leichen- u. Transportwagen.

J. Hilt, Lübeck, Schwarzstr. 103.

Lager fertiger Sänge.

H. Griebel, Butin, Weißb.

W. Wackenb., Fockenburg.

J. Hilt, Beerd. u. Metallsirene.

Beschläfstalten

C. Behn, Lübeck, Schwarzstr. 4.

Central-Berdingungsanstalt

A. Brodersen, Aegidienstr. 1. Tel. 1090.

L. Boreburg, in allen Preisen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 12. Januar.

Achtung, Holzarbeiter! Heute Donnerstag, den 12. Januar, abends 7½ Uhr, Gesellenausschuswahl im Kuhmacher-Bierhaus.

Die Beratung der Gewerbesteuervorlage in den Bürgerschaftsversammlungen am Montag, Dienstag und Mittwoch gab der sozialdemokratischen Fraktion Veranlassung, bei den wesentlichen Bestimmungen namentliche Abstimmungen zu beantragen, um damit vor aller Öffentlichkeit einmal festzustellen, wer von den Einklassigen für die Sonderbesteuerung eintritt. Nach den amtlichen Protokollen, die bisher erschienen sind, gestalteten sich die namentlichen Abstimmungen wie folgt: Für die angenommenen Konsumvereinssouveränen stimmten mit „ja“ die Bürgerschaftsmitglieder: Neuner, Niemann, Baatsch, Pfehl, Pump, Georg Reimpell, Johs. Reimpell, Sartori, von Schack, Schiemann, Schneider, Schober, Schönwald, Schöß, Schorer, Schulmerich, Schwabroch, Seidel, Stallbaum, Stender, Tegtmeyer, H. Thiel, Torkuhl, Dr. Wiedmann, Dr. Ziehl, Babendererde, Becker, Behn, Dr. Benda, Bendfeldt, Blum, Böls, Boie, Böye, Dr. von Brocken, Buchwald, Coleman, Cunow, Dahms, Dimpler, Eder, Dr. Eschenburg, H. Eschenburg, Johs. Evers, Just, Dr. Gilbert, Glasau, Gosch, Dr. Görß, Haufahl, Heinsohn, Hinckeldeyn, Jäde, Jenne, Dr. Jöde, Kahns, Dr. Köhler, Rudolph Köhler, Koch, Köhneke, Köster, Lauenstein, Lippert, Lüth, Mantau, Meincke, Dr. Ernst Meyer, Herm. Meyer, Mühlam, Dr. Müller. Mit „nein“ stimmten die Bürgerschaftsmitglieder: Aug. Pape, P. Pape, Ritter, Rosengquist, Dr. Schlomer, Stelling, Rudolph Tiel, Thiele, Dr. Wittern, Wittfoot, Vandholz, Vogel, Bruns, Burwick, Dühring, Effinger, Gustav Ehlers, Fehling, Grünau, Haack, Hesse, Hoff, Klein, Köhn, Lau, Löwigt, Maack, Dr. Jakob Meyer, Möller. — Für den angenommenen Konsumvertrag stimmten Boie und Genossen über die Stala der Gewerbesteuervorlage mit „ja“ die Bürgerschaftsmitglieder: Baatsch, Pfehl, Georg Reimpell, Johs. Reimpell, Sartori, Schneider, Schober, Schönwald, Schöß, Schorer, Schulmerich, Schwabroch, Seidel, Stallbaum, Stender, Tegtmeyer, H. Thiel, R. Thiel, Torkuhl, Dr. Wiedmann, Dr. Ziehl, Babendererde, Becker, Behn, Dr. Benda, Bendfeldt, Blum, Böls, Boie, Böye, Dr. von Brocken, Buchwald, Coleman, Cunow, Dahms, Dimpler, Dühring, Eder, Dr. Eschenburg, H. Eschenburg, Johs. Evers, Fehling, Just, Dr. Gilbert, Glasau, Gosch, Dr. Görß, Haufahl, Heinsohn, Hinckeldeyn, Jäde, Jenne, Dr. Jöde, Kahns, Dr. Köhler, R. Köhler, Klein, Koch, Köhneke, Köster, Lau, Lauenstein, Lippert, Lüth, Mantau, Meincke, Dr. Ernst Meyer, Mühlam, Dr. Müller, Neuner, Niemann. Mit „nein“ stimmten die Bürgerschaftsmitglieder: Aug. Pape, P. Pape, Pump, Ritter, Rosengquist, von Schack, Schiemann, Dr. Schlomer, Schulz, Stelling, Thiele, Dr. Wittern, Wittfoot, Vandholz, Vogel, Bruns, Burwick, Effinger, G. Ehlers, Grünau, Haack, Heile, Hoff, Köhn, Löwigt, Möller, Neuner. — Für die abgelehnte Warenhaussteuer stimmten mit „ja“ die Bürgerschaftsmitglieder: Johs. Reimpell, Rosengquist, von Schack, Schiemann, Schneider, Schober, Schönwald, Schulmerich, Schulz, Seidel, Stallbaum, Tegtmeyer, Behn, Dr. Benda, Bendfeldt, Böls, Eder, Johs. Evers, Just, Dr. Gilbert, Hahn, Heinsohn, Jäde, Jenne, Dr. Köhler, Rudolph Köhler, Köster, Maack, Dr. Ernst Meyer, Mühlam, Dr. Müller, Baatsch, Pump. Mit „nein“ stimmten die Bürgerschaftsmitglieder: Georg Reimpell, Sartori, Dr. Schlomer, Schöß, Schorer, Schwabroch, Stelling, Stender, Tegtmeyer, Dr. Wittern, Wittfoot, Vandholz, Becker, Vogel, Boie, Böye, Dr. von Brocken, Bruns, Buchwald, Burwick, Coleman, Dahms, Dimpler, Dühring, Effinger, G. Ehlers, H. Eschenburg, Fehling, Glasau, Gosch, Götzmann, Dr. Görß, Haack, Hesse, Hinckeldeyn, Hoff, Dr. Jöde, Kahns, Klein, Koch, Köhn, Köhneke, Köster, Lau, Lippert, Löwigt, Lüth, Mantau, Meincke, Dr. Jakob Meyer, Möller, Neuner, Niemann, Aug. Pape, P. Pape, Pfehl.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittags 3½ Uhr in der Depenau. Dort gingen die Pferde eines Geschäftsführerwerks der Firma Wagner, Hülfhausen, durch. Hierbei stürzte der Fuhrmann Max so unglücklich vom Wagen, daß er auf Anordnung des Arztes sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Der Kutscher hat anscheinend eine schwere Kopf- und Armverletzung davongetragen.

Die Wanderungen unserer Bevölkerung. Nach den Registern des Meldeamts sind in den letzten 5 Jahren (vom 1. Dezember 1905 bis 30. November 1910) in Lübeck — vorübergehend anwesende Fremde bleiben hier außer Betracht — nicht weniger als 99 254 (1900—1905: 85 586) Personen zugewandert und 96 235 (1900—1905: 82 802) fortgezogen. Der Wanderungsgewinn würde sich demnach für die letzte Volkszählungsperiode auf 2019 Seelen belaufen. Nun ist aber nach den vorläufigen Ergebnissen der letzten Zahlung nur ein Wanderungsgewinn von 1749 Personen ermittelt, der Gewinn also um 120 Personen geringer, als man nach den Anschreibungen des Meldeamts vermuten durfte. Diese Differenz zeigt von neuem, daß manche ohne vorheriges Abmelden fortziehen. Doch wird ihre Zahl geringer; im Jahr fünf 1900—1905 zogen noch 3.036 Proz. der Abwanderer ohne Abmeldung fort, im letzten Jahr fünf nur noch 1.320 Proz. Diese 1.320 Proz. werden für das Statistische Amt innerhalb der nächsten 5 Jahre maßgebend sein, um sie wird zwecks Fortschreibung der Bevölkerung bis zur nächsten Volkszählung die Zahl der Abgewanderten monatlich erhöht werden.

Die Unfallversicherungspflicht der Fahrsuhlbetriebe in Wohnhäusern wurde vom Reichsversicherungsamt kürzlich bestätigt. In der Entscheidung heißt es: Der durch Elektrizität angetriebene Fahrsuhl wird von den Mietern der Wohnungen und deren Familienangehörigen, sowie von den mit ihnen verbrechenden Personen benutzt. Er steht unter der Aufsicht des Hauswarts. Soweit die Mieter die zur Führung von Fahrsuhlen polizeilich vorgeschriebene Prüfung abgelegt haben, bedienen sie den Fahrsuhl selbst. Alle übrigen Personen müssen der Hauswart fahren. Dieser reinigt auch täglich den Fahrsuhl. Hierdurch stellt die Fahrsuhlanlage einen nach § 2 Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 versicherungspflichtigen Betrieb dar, für den ein durch Elektrizität bewegtes Triebwerk nicht nur vorübergehend verwendet, und bei dem eine Person (der Hauswart) regelmäßig beschäftigt wird. Der Umstand, daß mittels des Fahrsuhles nicht gewöhnlich Personen oder Sachen in der Weise befördert werden, daß dadurch eine selbständige Einnahmequelle geschaffen wird, schließt das Vorliegen eines unfallversicherungspflichtigen Betriebes im Sinne des Gesetzes nicht aus. Auch kommt es gegenüber der regelmäßigen Benutzung des Fahrsuhles nicht auf die größere oder geringere Zahl der einzelnen Benutzungsfälle an.

Diebstahl. In der Nacht vom 9./10. d. Ms. ist von der Bühne des Hansatheaters eine kleine Standuhr mit Bronzefuß abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Am Freitag geht Vorkings romantische Oper "Undine" in Szene. In den Hauptpartien sind die Damen Stretton, Horne, sowie die Herren Langefeld, Metzer, v. Schenk, Haas und Vollmer beschäftigt. Die Inszenierung leitet Herr v. Schenk, die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Blumann. Am Sonnabend, abends 7 Uhr, gelangt Richard Wagners Oper "Die Meistersinger von Nürnberg" zur nochmaligen Aufführung. Am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet die dritte Volksvorstellung statt und zwar kommt Sudermanns Schauspiel "Das Glück im Winkel" zur Aufführung. Der Eintrittspreis für sämtliche Plätze im Theater beträgt pro Person 50 Pf., dazu 10 Pf. für Garderobe. Alle Plätze werden ausgelöst. Der Vorverkauf resp. die Auslösung der Billets findet am Freitag und Sonnabend von 8 bis 9 Uhr abends an der Theaterkasse statt.

Stadttheater. Man schreibt uns: Am Freitag, dem 18. Januar, abends 8 Uhr, kommt die wirkungsvolle Komödie "Der Meister" von Hermann Voigt zur Aufführung. — Die Amerikan-French Sketch-Company ("Parlamente"), welche am Montag, dem 16. Januar, ein längeres Gastspiel im Stadttheater beginnt, hält gegenwärtig das Kieler Publikum andauernd in größter Heiterkeit.

Schwartau-Meusefeld. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet morgen, Freitag, den 18. Januar, abends von 5 bis 8 Uhr, im Lokal des Herrn Pinkert, "Transvaal", statt.

w. Mölln. Eine eigenartige Berichterstattung über die liberale Versammlung vom Sonntag in Sterky belebt der hiesige Moniteur der Liberalen, die "Rundschau", indem sie den Vortrag Dr. Heckschers und dessen Aufführungen im Schlußwort zum Vortrage überhaupt zusammengefaßt und ihren Lesern vorlegt und dann schreibt: "Nach dem Vortrage hatte Herr Dr. Heckscher noch eine interessante Auseinandersetzung mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Wagner aus Mölln." — Wir behaupten, daß die Versammlung so verlief, wie wir am Montag berichtet und stellen an die "Rundschau" die Frage: Warum unterschlägt die "Rundschau" ihren Lesern die Aufführungen des Sozialdemokraten Wagner; waren sie ihr und Herrn Dr. Heckscher so unangenehm, daß sie deren Bekanntheit fürchten? Bemerken wollen wir noch, daß die Aufführungen des Herrn Dr. Heckscher von der Versammlung mit eifrigem Schweigen, die Aufführungen des Genossen Wagner jedoch mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Und nun hat die Rundschau das Wort. Bei dieser Gelegenheit wollen wir an die Arbeiterschaft Möllns wieder die Aufforderung richten, lest Zeitungen, die die Wahrheit berichten, lest den "Lübecker Volksboten"; heraus aus Euren Wohnungen mit Blättern vom Schlag der "Rundschau".

Hamburg. Die Feuerbestattung vor der Bürgerschaft. In der vorletzten Bürgerschaftssitzung wurde ein Antrag der Fraktion der Rechten ohne Verweisung an einen Ausschuß angenommen, wonach die Bürgerschaft den Senat um eine Vorlage, betreffend Einrichtung einer staatlichen Aufsicht ersucht, in der die Einschränkung von Leichen gegen Zahlung mäßiger Gebühren erfolgen könne. Ein sozialdemokratischer Antrag betreffs staatsseitiger Einführung der unentgeltlichen Leichenverbrennung, eventuell Einführung der staatsseitigen facultativen Leichenverbrennung nach dem Grundzusatz, daß die Kosten der Feuerbestattung die der Erdbestattung nicht wesentlich überschreiten, und daß ferner Leichen, über die nicht von privater Seite verfügt wird, verbrannt werden, wurde abgelehnt.

Wankendorf. Proletarier! Ende. In einem Graben in der Nähe von Wankendorf wurde der 55jährige obdachlose Maurer Karl Oldenburg erstickt aufgefunden, der sich im Freien schlafen gelegt hatte.

Heide i. S. Großfeuer. Das Gewese des Hofbesitzers Heinrich Möller in Brunsbüttel ist niedergebrannt. Ein Stier und 15 Kühe sind in den Flammen umgekommen.

Die Moabit-Polizeischlächten vor Gericht.

In später Abendstunde wurde am Mittwoch das Urteil gefällt. Der Vorsitzende Lieber erklärte, das Gericht habe es als erwiesen erachtet, daß in Moabit Übergriffe von Polizeibeamten stattgefunden haben, die das Publikum erregten. Dagegen hat es die Tätigkeit von Lockpicks nicht als erwiesen angesehen.

Im einzelnen wurden folgende Strafen verhängt:

Gegen Schiedermann, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend ein und einhalb Jahre Gefängnis, Merten sechs Monate Gefängnis (Antrag des Staatsanwalts: neun Monate), Rastaturtacht Monate Gefängnis (acht Monate), Blasius vier Monate Gefängnis (zwei Monate), Lüdwicki sechs Monate Gefängnis (sechs Monate), Meier ein Jahr Gefängnis (neun Monate), Möhring zwei Monate Gefängnis (zwei Monate), Wiedemann zwei Monate Gefängnis (zwei Monate), Krammer drei Monate Gefängnis (vier Monate), Frau Dominik sechs Wochen Gefängnis (zwei Monate), Breyer sechs Wochen Gefängnis (zwei Monate), Hagen drei Monate Gefängnis (sechs Monate), Frau Friesz zwei Tage Gefängnis (zwei Monate), Hagen neun Monate Gefängnis (ein Jahr drei Monate), Heinemann drei Monate Gefängnis (sechs Monate), Rothe zwei Monate (drei Monate), Hermann Weiß sechs Monate (neun Monate), Wandt neun Monate Gefängnis (acht Monate), Schulz zwei Monate Gefängnis (zwei Monate), Albrecht 50 Mark Geldstrafe (zwei Monate Gefängnis), Tretkowsky vier Monate Gefängnis (vier Monate), Hollhoff sechs Wochen Gefängnis (neun Wochen), Otto Weiß ein Monat Gefängnis, eine Woche Haft (vier Monate Gefängnis), Romanowski ein Monat Gefängnis (zwei Monate), Miersch ein Monat Gefängnis (vier Monate), Clische 50 Mark Geldstrafe (zwei Monate Gefängnis, zwei Wochen Haft), Elsentreich ein Monat Gefängnis (neun Monate), Seifert ein Monat Gefängnis (drei Monate), Weidemann 40 Mark Geldstrafe (vierzehn Tage Gefängnis).

Der Gast mit Pilz, dessen Angelegenheit eingehend besprochen worden ist, wird, wie ein einfacher Vergleich gegen die Gewerbeordnung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verfügt sind. Dagegen ging das Gericht bei dem Angeklagten Doktor, der einen Schugmann mit dem Messer gestochen hat,

erheblich über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, der verurteilte ihn zu 3½ Jahren Gefängnis, während der Staatsanwalt 2½ Jahre beantragt hatte.

Freigesprochen wurden die Angeklagten Kraatz und Kraatz und Fräulein Sattler. Den Angeklagten wurde die erlittene Untersuchungshaft in mehr oder weniger großem Umfang angerechnet, sodass bei einem Teil die Strafen bereits durch die Untersuchungshaft verfügt sind.

Wir kommen auf dieses Urteil noch zurück!

Moabit vor dem Schwurgericht.

In der Verhandlung am Mittwoch wird als erster Zeuge der Polizei-Leutnant Göße vernommen, der über die Moabit-Vorgänge die gleichen Angaben wie im ersten Prozeß macht. Zweiter Zeuge ist der Polizeiwachtmeister Pitt, der in ein Lokal flüchtete, dort seine Uniform auszog und dann über mehrere Höfe hinweg entkam. Er berichtet, er sei die Nacht über von einem Arbeiter beherbergt und dabei vor weiteren Angriffen geschützt worden. Zeuge Gastwirt Menzel sagt aus, eine Menge von jungen Burschen und Römern habe eine Schiebe und verschiedene andere in seinem Lokal zertrümmert, weil er einen Schugmann aufgenommen habe. Der Schaden beläuft sich auf etwa 400 Mark. — Warenhausbesitzer Preuß berichtet von neuem, die Kriminalschule hätte wie Räuber gehaust. Unschuldige und durchaus harmlose Passanten seien in Massen von uniformierten und nichtuniformierten Schuleuten geschlagen worden. — Pastor Schmeidell will am 27. September Rufe gehörig haben: "Schlägt den Pfaffen tot." Andere Schuleute, und auch Polizeizeugen schildern einzelne schon aus dem ersten Moabit-Prozeß bekannte Episoden. Auch die Nachtmagistratur brachte die Vernehmung einer Reihe von Zeugen, die von dem Widerstand der Polizei zu erzählen wußten. Eindruck machen besonders die Aussagen eines Zimmermanns Otto, eines 65jährigen Greises, der die Räumung des Lanzerschen Lokals mit durchgemacht hat. Er hob hervor, daß es sehr ordentliche Leute, sogar mehrere Weiber waren, die in dem Lokal weilten und von der Polizei attackiert wurden. Sehr bemerkenswert sind auch die von einigen Zeugen gemachten Bekundungen, die auf die Tätigkeit von Lockpicks schließen lassen. Ein Herr, der vom Zeugen für einen Kriminalbeamten gehalten wurde, schrie "Bluthunde!" Ein anderer schob in nächster Nähe von uniformierten Schuleuten in ein Schaukasten, trat dann an die Vorsthelle und ließ die ankommenden Schuleute — an sich vorüberstürzen.

Am Donnerstag fällt die Sitzung aus.

Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Kreistagsabgeordneter. Der erste in Rheinhessen gewählte sozialdemokratische Kreistagsabgeordnete, Genosse Adelung, Redakteur unseres Mainzer Parteblattes, wurde bestätigt. Er war von der Mainzer Stadtverordnetenversammlung als Kreistagsabgeordneter gewählt.

Parteipresse. Im Wahlkreis Naumburg-Wieheln befindet sich ein außerordentlicher Kreistag mit 89 gegen 2 Stimmen die Gründung einer Genossenschaftsdruckerei. Als Kreisorgan erscheint jetzt der "Volksbote", ein Kopfblatt des halleschen "Volksblattes". Nach Errichtung der eigenen Druckerei soll es mit Rücksicht auf den kommenden Wahlkampf bedeutend weiter ausgebaut werden. Geschäftsführer des neuen Unternehmens, das am 1. Januar eröffnet werden soll, wird Genosse Leo Pöld. Bis jetzt sind 14 000 M. vorhanden, außerdem wurden bis jetzt Anteile in der Höhe von 7000 M. gezeichnet.

Der "Vorwärts" vor Gericht. Wegen eines "Vorwärts"-Artikels über die Solinger Wahlrechtsdemonstration wurde Genosse Barth am Dienstag zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Solinger Polizei habe sich, meinte die erste Moabit-Strafkammer, am 6. März, vollständig korrekt und tadellos benommen. Wegen vier bedeutend schärferer Artikel über die gleiche Angelegenheit hatte die Elberfelder Strafkammer den Genossen Wendemuth-Göttingen zu 190 M. Geldstrafe verurteilt. — Bald so, bald so, wie's trefft!

Gewerkschaftsbewegung.

Landriedensbruch? Der Gewerkschaftssekretär Fröhlich in Köln ist am Dienstag abend in seiner Wohnung verhaftet worden, weil er hinreichend verdächtig sein soll, bei den Zusammenstößen in Düsseldorf tätig gewesen zu sein. Die Verhaftung wurde von vier Kriminalbeamten unter Aufsicht eines Polizeihundes vorgenommen.

Fröhlich ist Geschäftsführer der Kölnner Filiale des Bauarbeiterverbandes. Das bürigt viel eher dafür, daß er Krawalle zu verhindern sucht, anstatt solche anzufeuern. Auch die Verhaftung fröhlich wird nicht verhindern, daß die Deutzer-Haupt- und Staatsaktion ebenso lästig und blamabel verläuft, wie die Moabiter.

Die portugiesischen Eisenbahner sind in den Ausstand getreten.

Soziales.

Deutscher Heimarbeitertag. Die Geschäftsstelle des deutschen Heimarbeitertages teilt mit, daß wegen des großen Andrangs zu der Tagung Gaskarten nicht mehr ausgegeben werden können. Es werden mehrere hundert Heimarbeiteter aus allen Landesteilen erwartet, außerdem seien viele Vertreter von Behörden und Körperfachleuten zu erwarten.

Wieder ein Krankenfassen-Terrorismus-Schwindel. Das Kesseltreiben gegen die Selbstverwaltung der Krankenfassen wird heftiger, je näher der Zeitpunkt der entscheidenden Beschlüsse des Reichstags in dieser Frage rückt. Auch die "Kreuzzeitung" bemühte sich kürzlich aus eigenem zu dieser Hege beizusteuern, indem sie erzählte: Bei dem Ende des Vorsitzenden der Berliner Buchbinders-Krankenfasse (eines Arbeiters) sei „ohne die im Vorstand sitgenden Arbeitgeber zu befragen, aus Kassenmitteln ein Kranz mit großer roter Schleife beschafft worden“, der bei der Beerdigung als Beweisung des Vorstandes voraus getragen wurde. Die Arbeitgeber-Vorstandsmitglieder waren empört, doch half es nichts mehr. Ein Mitglied, das die Fünning vertrat, hatte sich auf seine Anfrage nach einer höhnischen Bemerkung des Kronträgers ausgesetzt. Die Arbeitgeber müssten also für eine sozialdemokratische Demonstration — anders kann die rote Schleife nicht aussieben — ihr Geld mit hergeben. Der als Aufsichtsbehörde angerufene Magistrat konnte keine Rendite eintreten lassen, weil derartige Fälle außerhalb seiner örtlichen Funktionen liegen. Es ist nun dem Oberpräsidium den 1. März Teilung von dem Vorrange gemacht worden. An dieser „roten“ Terroristengeschichte ist nur außergewöhnlich, daß ein Kranz mit roter Schleife für den Kassenportränt niedergelegt wurde.

Aber den Hergang wird uns von beteiligter Seite geschildert. Am 22. Oktober 1910, am Tage nach dem Ableben des Vorsitzenden der Kasse, fand eine Vorstandssitzung unter Leitung des zweiten Vorsitzenden, eines Arbeitgebers,

statt, in der die Arbeitgeber selbst beantragten, dem Verstorbenen einen Kranz aus Kassenmitteln zu widmen. Selbst die Schleifenwidmung ist von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam festgesetzt worden. Der Verteil, der den Kranz zu bestellen hatte, mußte im Auftrage seiner Mitarbeiter einen weiteren Kranz bestellen. Der Vorstand der Diskrantenkasse hatte Vorschriften über die Farbe der Schleife nicht gegeben, doch war sich der Gesamtvorstand klar, daß nur eine weiße Schleife in Frage kommen könne. Da dies jedoch dem Verteil nicht ausdrücklich gesagt worden war, bestellte er beide Kränze mit roten Schleifen. In einer weiteren Vorstandssitzung kam die Sache zur Sprache, und die Arbeitgeber erklärten sich für völlig befriedigt, nachdem sie Ausklärung erhalten hatten. Nachdem die "Kreuzzeitung" die harmlose Geschichte zu einer Heftnotiz aufgezählt, nahm eine dritte Vorstandssitzung dazu Stellung. Die Arbeitgebervertreter erklärten, daß sie dieser Notiz völlig fernständen. Dem Vorstand der Kasse ist von einer Beschwerde bei der Aussichtsbehörde auch nichts bekannt geworden. Die Arbeitgebervertreter erklärten ausdrücklich, eine solche nicht abgesandt zu haben. Es muß doch herzlich schlecht bestellt sein um das "Material" der Scharfmacher, wenn sie schon zu solchen kindischen Schwänen greifen müssen.

Einen Angriff auf die Unparteilichkeit der Gewerbeberichtsbeiräte leistet sich die "Papierzeitung". Anläßlich des Buchdruckstreits in Hannover gegen Ende des vorjährigen Jahres hatte ein Buchdruckerarbeiter eine Arbeit verweigert, weil die Arbeit sich als Streikarbeit qualifizierte. Zu der Verweigerung der Arbeit war der Arbeiter auf Grund des Tarifs berechtigt, denn in dem für das Gewerbe geltenden Tarifvertrag heißt es: "Brechen in irgend welchen, nicht zum Buchdruckerei gehörenden Nebenabteilungen, für die

Tarife bestehen oder zur Einführung kommen sollen, Streitigkeiten aus, so ist das Hilfspersonal nicht verpflichtet, für diese Abteilungen Arbeit zu leisten." Auf Grund dieser Tarifbestimmung kommt das angerufene Schiedsgericht und auch das Gewerbegericht zu dem Urteil, daß die Arbeitsverweigerung kein Grund zur sofortigen kündigungsfreien Entlassung sei. Der Wiedergabe dieses Urteils hängt die "Papierzeitung" folgenden niedlichen Satz an: "Von den vier Beisitzern des Gewerbegerichts gehörten die zwei Arbeitnehmer freien Gewerkschaften an, und einer der beiden Arbeitgeberbeisitzer, ein Gastwirt, verdankt seine Wahl gleichfalls den freien Gewerkschaften.

55–60 Pf., Wurst Pf. 1,20–1,40, Eier Stück 9 u. 10 Pf., Heringe 8 u. 4 10 Pf., Dorsche genüg., Süßwassersische genüg., Karpfen Pf. 1,10 Mk., Brachsen Pf. 1,00–2,00 Mk., Schleie Pf. 1,40–1,60 Mk., Brachsen — Pf. Hechte Pf. 60–70 Pf., Barsche Pf. 60–70 Pf., Kalbf. — 1,00 Mk., Karauischen Pf. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl d. Karpf. 0,80–0,60 Mk., Kohl 100 Pf. — Mk., Gurken, 100 Pf. — Mk., Zwiebeln, Biesige, Pf. — Mk., Apfel, verschiedene pr. 100 Pf. — Mk., Kirchen Pf. — Pf., Kartoffeln pr. 10 Pfund 50–70 Pf., Almond Pf. — Pf.

Getreidepreise.

Wheat, 125–130 Pf. holl. 180–190 Mk. Roggen 115–122 Pf., neuer holl. 180–142, Gerste, nach Qualität 180–145 Mk. Hafer, nach Qualität, 140–155 Mk. hochfein über Notz, vor 1000 Rötel.

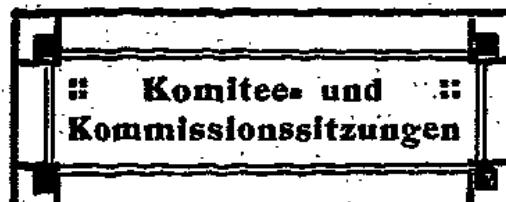
Butter-Notierungen

b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg; 11. Januar.

1. Klasse 859 Drittel zu 122,64 Mk. im Durchschnitt.
2. " 86 " " 115,86 Mk. "

Berantwortlich für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellings Verleger: Th. Schwanck. Druck: F. C. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



12. Distrikt.
Heute Donnerstag abend 8 1/2 Uhr
bei Groth, Kottwitzstr. 16.

Dienstag morgen entschließt nach langer Krankheit unser alter Vater, Großvater und Schwiegervater

Joachim Resöhr
im 62. Lebensjahr.

Dies zeigen an im Namen der Geschwister Wilh. Resöhr u. Frau, geb. Thies. Joh. Westphal u. Frau, geb. Resöhr. Beerdigung am Freitag nachm. 8 1/2 Uhr vom Vorwerker Friedhof aus.

Am 10. d. J. entschließt nach langem Leben unser kleiner Held im Alter von 5 Monaten. In tiefer Trauer Heinr. Möller u. Frau, geb. Oldenburg.

Deutscher

Bauarbeiter-Verbd.
Zweigverein Lübeck.

Nachruf.

Durch Unglücksfall verstarb der Kollege

Heinrich Insten
aus Barnet bei Hackenburg im Alter von 34 Jahren.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, dem 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle Vorwerk aus.

Versammlung der Teilnehmer um 3 1/2 Uhr bei A. Posth, Krempestdorf.

Der Vorstand.

Daufragung.

Allen lieben Nachbarn, Verwandten u. Bekannten, welche mir durch ihre zahlreiche Beteiligung beim Begräbnis meines lieben Mannes ihre Teilnahme bewiesen, sowie seinen Sarg so überaus reich mit Kränzen schmücken, sage ich meinen herz. Dank. Ganz besonders danke ich jedoch den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins, sowie seinen Kollegen vom Zentral-Verein der Schmiede, die in so großer Anzahl ihrem Gefüngnis gewonnen und Kollegen die legit. Ehre erwiesen.

Wilhelmine Kluge, geb. Leopold
und Familie.

Keine Fleischnot!

Gr. gespülte Hosen

3,50 Mk.

abgezogen 3 Mk.
Hosenalber Pf. 60 Pf.
Hosenklein Pf. 20 Pf.

Willy Reinichen
groß, 4 End 1 Mk.

Friedr. Holst
Fleischwarenstr. 2, Lübeck, DK.

Zwei - Zimmer - Wohnung zum 1. April zu vermieten
Elsässerstraße 25.

1. saub. Morgenmädchen.
zu sofort gesucht.

Glockengießerstr. 85, pt.
zu Ostern ein Tapezierleihung.
Rehm, Königstraße 28.

5 Wochen alte Ferkel
zu vert. Stockelsdorf, Lohe 33.

Total-Räumungs-Ausverkauf.

Nie wieder
kehrende
Gefangenheit.

sollen sämliche Waren zu jedem annehmbaren Preis staunend billig ausverkauft werden und lohnt es sich, seinen Bedarf auf Jahre hinaus zu decken. U. a. gelangen zum Verkauf:

Herren-Anzüge
Herren-Paletots
Herren-Juppen
Herren-Stoffhosen
Arbeitshosen in Manchester, Leder und Zwirn
Arbeitsblusen
Herren-Hemden in Barchent, Nessel und Oxford
Jagdwester
Unterhosen in verschiedenen Arten
Herren-Socken in großen Posten

und müssen vorstehende Artikel bis Anfang Februar verkauft sein. Der billige Verkauf findet statt

4 obere Marlesgrube 4

NB. Sämliche Laden-Einrichtungen stehen zum Verkauf.

Total-Räumungs-Ausverkauf.

Ziegenfleisch Pf. 40 Pf.
22 Fünfhausen 22.

Hase-, Kanin-, Wildfelle,
sowie **Pferdehaare**
kauf zu den höchsten Tagespreisen

D. Wagner, Holstenstraße 8.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgehandelt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer u. c. im Lagerhaus und Speditionsgeschäft Fischergr. 52.

Total-Räumungs-Ausverkauf.

Wegen Fortzug von hier
sollen sämliche Waren zu jedem annehmbaren Preis staunend billig ausverkauft werden und lohnt es sich, seinen Bedarf auf Jahre hinaus zu decken. U. a. gelangen zum Verkauf:

Herren-Kalbstiefel
Herren-Kniestiefel
Herren-Schnürstiefel, in Boxk.
Herren-Schnallenst. „“
Herren-Zugstiefel
Herren-Arbeitsschuhe, hohe und halbe
Herren-Leder- und Kord-pantoffel
Herren-Strandschuhe
Damen-Schnürstiefel
Damen-Halbschuhe
Kinderstiefel in Box-, Ross- und Rindleder
Holzkoffer, Handkoffer

und müssen vorstehende Artikel bis Anfang Februar verkauft sein. Der billige Verkauf findet statt

4 obere Marlesgrube 4

NB. Sämliche Laden-Einrichtungen stehen zum Verkauf.

Total-Räumungs-Ausverkauf.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers**, Kohlmarkt.

Markt 4 10

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen 2,20–6,45
Maurerhosen 2,60–6,75
Schlosserhosen 1,88–5,25
Überziehhosen 1,08–2,95
Zwirnhosen 1,68–3,25
leinen Jacken, schwere u. gerade, 1,28, Kästen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maternäntel erstaunlich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1,88 Mk. Rote Lubecam.

Riesen - Heringe Stück 10 Pf.

Feinst. Berger Flom - Heringe

Stück 10 Pf. Kleine Flom-

Heringe 10 Stück 45 Pf. Saure

Heringe Stück 5 Pf. Große

Rollmöpse Stück 10 Pf. Anchovis, lose, in Gläsern u. Dosen

billig. Prima Thüringer Salzgurken Stück 8 u. 10 Pf. Prima

Magdeburger Sauerköhl 2 Pf.

15 Pf. empfohlen Gr. Burgstr. 59. Ernst Voss.

Total-Räumungs-Ausverkauf.

Speditionsarbeiter!

Versammlung

Freitag, 13. Januar

abends 8 1/2 Uhr,

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50–52.

Tagess-Ordnung:

Innere Verbandsangelegenheiten.

Sämtliche Vorsteher müssen in dieser Versammlung erscheinen.

Der Vorstand.

Vortragskurse
für Arbeiter.

Freitag, den 13. Januar 1911

abends 8 1/2 Uhr präzise:

3. Rühle-Vortrag

über

Grundbegriffe der

Volkswirtschaftslehre.

Zu zahlreichem Besuch laden ein

Die Kartellkommission.

Der Vorstand

des Sozialdemokratischen Vereins.

Verein der
der Frauen und Mädchen
Stodelsdorf u. Umgegend.

Wintervergnügen

Sonntag, den 15. Januar 1911,

im Gesellschaftshaus Fackenberg

Theateraufführung, Festrede,

Krünnchen.

Anfang 5 Uhr. Ende morgens.

Ginzeltorte 30 Pf.

Familientorte 50 Pf.

Gieseke bietet ergebnis ein

Das Festkomitee

Hansa - Theater

Job-Classen

Täglich bis inkl.

12. Januar,
Anfang 8 1/2 Uhr
Mein Bruder
das'n Luder.

Lachen über Lachen!
Am 13., 14. u. 15. Jan.

Lezte Tage!

Ne nette
Verwandtschaft.
! Hochkomisch!

Stadthallentheater.

Freitag, 13. Jan. Abds. 8 Uhr.

Der Meister.

Komödie von Hermann Wahle.

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Bob, Kohlmarkt 13.

Vorläufige Anzeige!

Montag, 16. Jan. Abds. 8 Uhr.

Erstes Gaußpiel d. „Parisienne“

American-French Sketch-

Company.

Direkt.: Adolf Walter-Paris-Hamburg.

Per Elligut, Sketch von A. W. Paris.

Wegen plötzlicher Hindernisse

von Roquette.

Wer? Sketch von de Lorde und